

# Sozialistische Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Das erste Sondergericht in Aktion

## Der Ohlauer Blutsonntag

Nicht gegen die schuldigen SA-Banditen – sondern Massen-Anklage gegen die überfallenen Reichsbanner-Arbeiter

Vor dem auf Grund der Terrorverordnung eingesetzten Sondergericht in Brieg (Schlesien) begann am Montag der Prozeß über den durch einen organisierten SA-Ueberfall auf das Reichsbanner hervorgerufenen Blutsonntag von Ohlau bei Breslau. Dabei wurden viele Arbeiter und Funktionäre schwer verletzt, aber auch die Nazis hatten durch die Abwehr der aus äußerster Empörung Arbeiterschaft viele Verletzte. Zwei SA-Männer wurden getötet.

Obwohl sich die Ohlauer Vorgänge am 10. Juli, also beinahe 5 Wochen vor Erlaß der Terrorverordnung abspielten, also das Sondergericht gar nicht zuständig wäre, hat die Klassenjustiz diesen Fall herausgegriffen, um hier zuerst das Sondergericht einzusetzen und einen Monstreprozeß gegen die Arbeiterklasse aufzuziehen. Womöglich sollen ungeheuerliche Terrorurteile gefällt werden, die jede Revision ausschließen und

sofort vollstreckbar sind. Angeklagt sind 45 Personen, fast nur Arbeiter, während die SA-Strolche als Zeugen fungieren sollen.

Der erste Verhandlungstag, über den wir an anderer Stelle ausführlich berichten, begann mit dem schärfsten und formellen Protest der Verteidigung gegen die Zuständigkeit des Sondergerichts. Das Gericht wird diesen Protest „prüfen“ billigte ihm jedoch keine aufschiebende Wirkung bei und trat trotz Protest in die Verhandlungen ein.

Sie begannen mit der Vernehmung der Angeklagten, denen zum großen Teil aber nur wenige Minuten Zeit zur Aussage gegeben wurde. Trotz dieser Verteidigungsbeschränkung ergab aber schon die Vernehmung der Angeklagten die alleinige Schuld der SA-Banden. Sie ergab weiter, daß die Mehrzahl der Angeklagten gänzlich unbeteiligt sind an den Vorgängen

und ganz willkürlich verhaftet und in den Prozeß gezogen wurden. Selbst das bürgerliche „Berliner Tageblatt“ bringt seinen ersten telegraphischen Prozeßbericht unter der Überschrift: „Die Schuld der SA am Ohlauer Blutsonntag“ und schreibt u. a.: „Die Aussagen der Angeklagten haben übereinstimmend ergeben, daß die blutigen Vorgänge am 10. Juli in Ohlau durch maßlose Provokationen uniformierter Nationalsozialisten verschuldet worden sind.“

Die ganze deutsche Arbeiterklasse wird diesen Prozeß mit größter Spannung verfolgen. Sie muß ihre ganze Kraft einsetzen, um dem Justizterror gegen die Arbeiter in den Arm zu fallen.

### Christlich, national, überparteilich

Je schärfer sich in den letzten Jahren, auf Grund der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung, die Gegensätze der Klassen und die Formen des Klassenkampfes zugespitzt haben, um so mehr ist die herrschende Klasse bemüht, den wahren Charakter dieses Kampfes zu verhüllen. Alle Mittel der geistigen Beeinflussung – Schule, Kirche, Presse, Film, Rundfunk usw. – werden Tag für Tag eingesetzt, um die Massen der Bevölkerung an der klaren Erkenntnis der gesellschaftlichen Zusammenhänge zu hindern, um ihnen den Ausblick auf das Kampffeld der Klassenauseinandersetzung zu vernebeln.

Die Regierung von Papen ist stärker als irgendeine frühere an diesem Vernebelungswerk beteiligt. Vom ersten Tage ihrer Existenz an hat sie sich sehr bewußt mit einem fast mystischen Nimbus umgeben und hat sich selbst Eigenschaften zugeschrieben, durch die sie sich gewissermaßen über den Bereich der politischen Kritik erheben wollte. Christlich, überparteilich, national – das sind die wichtigsten Schlagworte, die gegenwärtig in allen Regierungsproklamationen und in allen Artikeln der Regierungspresse die entscheidende Rolle spielen.

Betrachten wir als ein Beispiel, einen charakteristischen Artikel, den die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ in diesen Tagen veröffentlichte. Dort wird erklärt, der neue Reichstag habe eine große Mehrheit, die geeignet sei durch die Bejahung des Christentums. Es müsse also eine Regierung gebildet werden, die „betont christlich, aber zugleich überparteilich“ sei; eine solche Regierung müßte im Reichstage eine unerschütterliche Stütze besitzen. Alle christlich eingestellten Parteien hätten als wichtigste Aufgabe die Sammlung aller christlichen Kräfte zum Wohl des gemeinsamen Vaterlandes, um „den Ansturm der Gottlosen zurückzuschlagen“. „Deutschland kann jetzt nicht parlamentarisch regiert werden, sondern nur von echt christlichen Persönlichkeiten, die vom Vertrauen der christlichen Mehrheit des Volkes berufen werden. Wer guten Willens ist, hat von einer solchen Regierung nicht das Geringste zu befürchten. Sie dient dem gesamten Volke. Nur im Zeichen des Christentums ist eine Gesundung der Wirtschaft zu erwarten. Die rechte Liebe findet auch die rechten Wege.“

Es ist natürlich leicht, über solche Deklamationen zu lächeln. Aber daß es sich nicht nur um Mystik handelt, wird schon deutlich, wenn wir in diesem Artikel, ein wenig verborgen, eine Stelle finden, in der die Verurteilung von Brüning, Hugenberg und Hitler „im Zeichen des Kreuzes“ gefordert wird.

Wenn dieser Mitarbeiter der schwerindustriellen „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ glaubt, die Gegensätze im Lager der Reaktion könnten so einfach durch ihr gemeinsames Bekenntnis zum Christentum überbrückt werden, so ist das gewiß etwas naiv. Dennoch steckt in dieser Betrachtung ein berechtigter, sehr ernst zu nehmender Gedanke. Je kritischer die Situation des Kapitalismus und damit, trotz aller heutigen Machtfülle, auch der kapitalistischen Klasse geworden ist, um so enger haben sich Bourgeoisie und christliche Kirchen zusammengefunden. Die Zeiten, in denen die politisch führenden Schichten des Bürgertums gegen die Machtansprüche der Kirche kämpften, sind lange vorbei. Heute weiß die herrschende Klasse, daß sie ihre Positionen nur

## Das „Kampfsignal“ auf 3 Monate verboten

Die SAP soll mit dem Verbot ihrer Wochenzeitung mundtot gemacht werden

Der Polizeipräsident,  
Abteilung I. Berlin, den 13. August 1932.

### Verbot

Auf Grund des § 6 Abs. 1 Ziff. 2 und 4 der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. 6. 1932 (RGBl. S. 297) verbiete ich die in Berlin erscheinende Wochenzeitung

### „Kampfsignal“

mit sofortiger Wirkung bis zum 15. November 1932 einschließlich.

Das Verbot umfaßt die in demselben Verlag erscheinenden Kopfbücher der Zeitung sowie jede angeblich neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt oder als ihr Ersatz anzusehen ist.

Dem Verbot ist eine ausführliche Begründung beigegeben, deren Schlußsatz lautet:

„Die Veröffentlichung der Verbotgründe wird untersagt.“

Dieses Verbot ist ein ungeheurerlicher Gewaltakt der Regierung gegen die auch von dem jetzigen Kabinett verkündete „verfassungsmäßige Pressefreiheit“ überhaupt und gegen die Sozialistische Arbeiterpartei in besonderer. Die Reaktion weiß, daß das weitverbreitete und von den Arbeitern in ganz Deutschland mit steigendem Interesse gelesene Wochenorgan der SAP, das „Kampfsignal“, eine wuchtige Waffe im revolutionären Befreiungskampf der Arbeiterklasse ist. Das „Kampfsignal“ hat sich, neben der scharfen Kritik gegenüber dem Faschismus und dem ganzen Treiben der Konterrevolution, vor allem auf dem Gebiet der Herstellung der proletarischen Einheitsfront, des Arbeiterblocks, ein großes Verdienst erworben.

Das sind die wirklichen Gründe des Verbots, denn nichts ist der Reaktion gefährlicher

als die einheitliche Kampffront des Proletariats. Deshalb wurde das „Kampfsignal“ verboten, wobei besonders die auf die Vernichtung der Zeitung abzielende unerhörte lange Verbotsdauer von drei Monaten den schärfsten Protest hervorgerufen muß.

Es werden selbstverständlich alle Mittel der Beschwerde mit dem Ziel einer Aufhebung des Verbots eingesetzt. Aber

das Entscheidende ist der leidenschaftliche Protest und Kampf der ganzen Arbeiterklasse gegen die konterrevolutionäre Presseknebelung überhaupt.

## Kaltblütiger Nazi-Mord

Der Terror beginnt von Neuem

Insterburg, 15. August.

WTB. Zwei kommunistische Arbeiter wurden nach einem Wirtschaststreit auf dem Heimwege von einem Besitzer erschossen. Bevor der Täter festgenommen werden konnte, kam es zwischen ihm und der Polizei, die sein Haus umstellt hatte, zu einer Schießerei.

Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht darüber folgenden Bericht:

Königsberg, 15. August.

In Tammowischken, Kreis Insterburg, kam es am Sonnabend zu einem unerhört kaltblütigen vorsätzlichen Doppelmord. Der nationalsozialistische Besitzer Hinz aus Groß-Stobbingen geriet in einem Gasthause mit mehreren Arbeitern aus Insterburg in einen

Für unsere Parteimitgliedschaft erwächst aus dem Verbot eine besondere Aufgabe. Wenn die Papenregierung glaubt, mit dem Verbot des „Kampfsignal“ den Einfluß und die politische Propaganda der SAP zu vernichten, so müssen und werden unsere Genossen durch erhöhte Propaganda von Mund zu Mund, durch gesteigerte Aktivität die Absichten der Reaktion in das Gegenteil zu verwandeln, getreu dem alten revolutionären Trutzwort: Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht!

Koblenz, 15. August.

Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat die kommunistischen Tageszeitungen die „Freiheit“ in Düsseldorf und die „Sozialistische Republik“ in Köln mit Wirkung vom 15. August auf die Dauer von 14 Tagen verboten.

Essen, 14. August.

Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat das hiesige Organ der Kommunistischen Partei, das „Ruhr-Echo“, auf Grund des § 6 Ziffer 2 der Notverordnung vom 14. Juni 1932 auf zehn Tage verboten. Das Verbot, das mit dem morgigen Tage in Kraft tritt, umfaßt auch sämtliche Kopfbücher des „Ruhr-Echo“.

Streit, der in eine Schlägerei ausartete. Hinz eilte nach Fortgang der Arbeiter nach Hause und holte sich eine Pistole. Er fuhr den Landarbeitern nach und eröffnete auf sie ein Feuer. Tödlich getroffen brachen die Arbeiter Karl Groß und August Werner zusammen. Als Hinz später verhaftet werden sollte, floh er querfeldein und gab auf die Polizei mehrere Schüsse ab, die erwidert wurden. Schließlich wurde Hinz in einem Getreidehocken verwundet gefunden. Er hatte noch eine Pistole mit sechs Schuß in der Hand.

Auch in München

München. Bei einer politischen Auseinandersetzung wurden in der vergangenen Nacht zwei Kommunisten von einem Sturmführer der NSDAP erheblich verletzt; der Täter wurde festgenommen.



Der Reichswahlleiter teilt mit: Heute vor- mittag um 10.30 Uhr fand die Sitzung des Reichswahl Ausschusses statt, in der die Fest- stellung über die den Parteien zugefallenen Verbandsätze getroffen wurde. Der Reichs- wahl Ausschuss stellte fest, daß insgesamt 42 so- genannte Verbandsätze und 66 Sitze aus Reichswahlkreisen den Parteien zufallen. Einschließlich der 300 Kreisitze stellt sich die Gesamtzahl der Sitze nunmehr auf 608. Die Zahl der Mandate ist also um 1 höher als nach der vorläufigen Feststellung. Dieses eine Mandat ist dem Reichswahlvorschlag der Bayerischen Volkspartei zugefallen. Bei Berücksichtigung des Abkommens zwischen Baye- rischer Volkspartei und Wirtschaftspartei darf damit gerechnet werden, daß dies Mandat der Wirtschaftspartei zugestanden wird.

Die Stärke der einzelnen Parteien stellt sich jetzt folgendermaßen:

|   |     |
|---|-----|
| Sozialdemokratische Partei Deutsch- lands                 | 133 |
| Nationalsozialistische Deutsche Ar- beiterpartei          | 230 |
| Kommunisten   | 89  |
| Zentrum   | 75  |
| Deutschnationale Volkspartei                              | 37  |
| Deutsche Volkspartei                                      | 7   |
| Deutsches Landvolk  | 1   |
| Bayerische Volkspartei                                    | 22  |
| Wirtschaftspartei   | 2   |
| Deutsche Staatspartei                                     | 4   |
| Christlich-Sozialer Volksdienst                           | 4   |
| Deutsche Bauernpartei                                     | 2   |
| Württembergischer Bauern- u. Wein- gärtnerbund (Landbund) | 2   |
| Zusammen  | 608 |

### Um die Einberufung des preußischen Landtags

Berlin, 15. August.

Da der Präsident des Preußischen Landtags Kerl bisher trotz entsprechendem Antrages der Sozialdemokraten und Verlangens der Kommunisten noch keinen Termin für die nächste Plenarsitzung anberaumt hat, hat die Sozialdemokratische Fraktion folgendes Tele- gramm an den Staatsgerichtshof nach Leipzig geschickt: „In der verfassungsgemässen Streit- sache der Sozialdemokratischen Fraktion des Preußischen Landtags, Antragstellerin, gegen den Präsidenten des Preußischen Landtags, Antragsgegner, wegen Einberufung des Preußischen Landtags beantragen wir Erlaß einstweiliger Verfügung, wonach Landtagspräsident verfassungsmässig verpflich- tet ist, dem am 3. 8. 32 gestellten und durch Beschluß des Ältestenrats vom 3. 8. 32 sank- tionierten Verlangen eines Fünftels der Land- tagsmitglieder Landtag einzuberufen. Sitzungs- termin wurde durch Beschluß Ältestenrat auf 16. und 17. August festgelegt. Landtagspräsi- dent weigert sich, Ältestenratsbeschluß durch- zuführen; lehnt Einberufung nicht nur für 16. und 17. August, sondern auch für folgende Tage ab. Erblicken im Verhalten Landtags- prääsidenten groben Verstoß gegen Preußische Staatsverfassung.“ Der wesentliche Inhalt dieses telegraphischen Antrages, daß der Landtagspräsident verfassungsmässig verpflich- tet sei, dem Verlangen des Fünftels stattzu- geben, deckt sich mit den Ausführungen des Staatsgerichtshofs-Urteils vom 12. Februar 1932, worin dieses Recht des Fünftels fest- gestellt worden war. Die Streitfrage liegt allerdings darin, ob das Fünftel einen Sitzungs- termin oder lediglich die „frühere Einberufung“ verlangen kann. Die Herren Juristen werden schon einen Dreh finden...

### Direktoren der Preußen- kasse gemäßregelt Opfer des neuen Kurses

Aus dem Direktorium der Preußenkasse sind die bisherigen Direktoren Pössel und Dr. Lauffer abberufen worden. Das „Berliner Tageblatt“ bemerkt zu dieser neuesten Maß- nahme der preußischen Machthaber folgendes: „Irgendwelche sachlichen Gründe für diese Personalveränderung dürften nicht bestehen. Die beiden Direktoren galten als hochqualifi- zierte Beamte — aber ihnen ging der Ruf voraus, daß sie politisch „links“ eingestellt seien. Weder Direktor Pössel noch Dr. Lauffer ist zum Vorwurf zu machen, daß sie sich in ihrer Tätigkeit jemals von politischen Rück- sichten hätten leiten lassen; ihr Handeln war stets nach sachlichen Gesichtspunkten, nach dem Interesse der Genossenschaften und ihres Instituts, orientiert. Trotzdem hat Dr. Hel- ferich, der neue Präsident der Preußenkasse anscheinend geglaubt, den Wünschen der poli- tischen Machthaber in Preußen nachgeben zu sollen. Als Opfer des neuen Kurses mußten die politisch mißliebigen Direktoren gehen — nicht wegen irgend welcher sachlichen Bedenken gegen ihre Person.“

Die zu gemeinsamer Sitzung zusammen- getretenen Vorstände des Deutschen Hand- werks- und Gewerbetages und des Reichsverbandes des deutschen Handwerks haben in einem an Papen und Dr. Bracht gerichteten Telegramm dringlichst gebeten, zur Wahrung der Interessen der städtischen ge- werblichen Genossenschaften in der preußischen Zentralgenossenschaftskasse den bisherigen Direktor Pössel weiter zu belassen, da er das volle Vertrauen des gewerblichen Mittelstandes besitzt.

### Polizei mit politischen Abzeichen

Schwerin, 15. August.

CNB. Die Mecklenburg-Schweriner Staats- regierung hat den Beamten der Landespolizei das Tragen politischer Abzeichen außerhalb der Unterkunft und außerhalb des Dienstes gestattet.

# Weiter alles in der Schwebe

## Neue Bemühungen um Heranziehung der Nazis — Das Programm der Papen-Regierung

Die Nachrichten der letzten Stunden be- stätigen unsere Auffassung, daß die Verhand- lungen über eine Regierungsbeteiligung der Nationalsozialisten nur als vorläufig ge- scheitert gelten können. Insbesondere in Zentrumskreisen werden die Bemühungen um eine Verständigung mit den Nationalsozialisten fortgesetzt. Die preußische Zentrumsfraktion hatte bereits für die ver- gangene Woche Nationalsozialisten und Deutschnationalen zu Verhandlungen über die Frage der preußischen Regierungsabteilung eingeladen. Diese Verhandlungen fanden mit Rücksicht auf die ungeklärte Lage im Reich bisher nicht statt. Jetzt ist das Zentrum offe- nlich bemüht, diese Verhandlungen schnellstens in Fluß zu bringen; man hofft, auf dem Wege über eine Verständigung in Preußen auch eine Einigung für die Regierungsbildung im Reich herbeiführen zu können. Bei der Zentrumsführung ist dabei ohne Zweifel das Bestreben ausschlaggebend, den in den ver- gangenen 13 Jahren gewonnenen entscheidenden politischen Einfluß auch für die Zukunft dem Zentrum zu sichern.

Die Nationalsozialisten dürften diesen Bemühungen des Zentrums beträchtlichen Wider- stand entgegenzusetzen. Dennoch ist nicht zu verkennen, daß in der NSDAP die negative Entscheidung vom Sonnabend nicht über- all zustimmend aufgenommen worden ist. Natürlich schlägt die nationalsozialistische Presse sehr starke Töne an, aber man vermisst den geringsten Hinweis auf das, was nun werden soll, was die NSDAP weiterhin tun werde. Auch in den Führerkreisen der National- sozialisten wird man an die Wählerschichten denken, die der NSDAP ihre Stimme geben, damit es jetzt „anders werde“. Wir glauben daher, daß die nationalsozialistische Führung Verhandlungen mit dem Zentrum nicht rundweg ablehnen wird. Dafür spricht auch die Tatsache, daß die seit längerer Zeit angesetzte große Tagung der nationalsozia- listischen Fraktionen des Reichstages und des Preußischen Landtages plötzlich auf un- bestimmte Zeit verschoben worden ist — wahrscheinlich, weil die Führung verhindern will, daß jetzt durch allzu eindeutige Be- schlüsse andere Möglichkeiten verbaut werden.

In diesem Zusammenhang ist bemerkens- wert, daß die nationalsozialistische Presse besondere Angriffe auf die Zentrumspartei in diesen Tagen vermeidet. Um so schärfer schreibt der „Angriff“ gegen Hugen- berg. Das nationalsozialistische Blatt erklärt, „der Kampf gegen die Clique, die sich im Hugenberglager zusammengefunden“, und die Machtergreifung Adolf Hitlers noch einmal hinausgeschoben habe, müsse und werde richtungslos geführt werden. Die „reaktionä- ren Dolchstößler“ seien im Augenblick gefährlicher als selbst der Marxismus und müßten ebenso wie dieser in die Knie ge- zwungen werden.

Die bürgerliche Rechtspresse bemüht sich hingegen in verstärktem Maße um die Freundschaft der Nationalsozialisten. So erklärt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die histori- schen Verdienste der Hitlerbewegung um Deutschlands Erneuerung sollten auch in der politischen Auseinandersetzung dieser Tage keineswegs verdunkelt werden;

„Es wäre ein Verhängnis, wenn die Er- eignisse vom Sonnabend dazu führen würden, daß nun tatsächlich ein Bruderkrieg zwischen der nationalsozialistischen Bewe- gung und den anderen Gruppen der nation- alen Rechten ausbricht. Die Entscheidungen, die in den nächsten Wochen bevor- stehen, erfordern vielmehr genau das Gegenteil, nämlich eine Zusammenarbeit im Sinne des großen gemeinsamen Zieles.“

Die Arbeiterschaft wird also gut tun, die jetzigen Auseinandersetzungen im reaktionären Lager und die dort vorhandenen taktischen Gegensätze nicht zu überschätzen. Nicht nur die bürgerliche Rechtspresse, sondern vor allem auch entscheidende Kräfte in der Re-

gierung und in der Reichswehrführung werden zweifellos weiterhin bemüht bleiben, sich die nationalsozialistische Bewegung als wichtigen Faktor ihres politischen Strebens zu erhalten.

Da die Lage demnach noch sehr ungeklärt ist, läßt sich nicht mit Bestimmtheit sagen, wie die Dinge in den nächsten Tagen und Wochen weiterlaufen werden. Alle Gerüchte, daß der Reichstag vielleicht gar nicht zu am- mentreten werde, werden von der Reichs- regierung demontiert. Ist bis zum 30. August eine Verständigung über eine parlamen- tarische Mehrheitsbildung vom Zentrum bis zu den Nationalsozialisten nicht zustande- gekommen, so würde die Regierung Papen in einem bisher wohl noch nicht dagewesenen Maße in der Minderheit bleiben. Immer unter der Voraussetzung, daß es überhaupt zu einer solchen Abstimmung kommt. Verschiedene Rechtsblätter deuten bereits an, daß mög- licherweise der Reichstag vor der Entschei- dung aufliegen könnte. Es ist nicht aus- geschlossen, daß gewisse Regierungskreise eine solche Lösung, bei der manches in der Schwebe und die Regierung Papen im Sattel bliebe, sehr begrüßen würden.

Wie das in einzelnen auch gehen mag — die jetzt am Ruder befindlichen Kräfte werden sich bestimmt nicht durch eine parlamen- tarische Niederlage verjagen lassen. Das Triumphgeschrei der sozialdemokratischen Presse, Papen sei am Ende, ist lächerlich und gefährlich. Diese Regierung würde selbstver- ständlich auch nach einem Militärentwenteum Möglichkeiten genug besitzen, sich so oder so an der Macht zu halten. Verfassungs- fragen sind Machtfragen — das wird heute deutlicher als je, und die Macht ist bei denen, die es verstanden haben, alle wirtschaftlichen, militärischen, bürokratischen und politischen Machtmittel zu konzentriertem Kampf gegen das Proletariat zu vereinigen. Nichts wäre jetzt gefährlicher als Illusionen — nichts ist jetzt notwendiger, als alle Illusionen zu zerstören, mit nüchternen Augen den ganzen Ernst der Situation zu erkennen und alle Kräfte der Arbeiterklasse zum Widerstand zu mobilisieren.

### Das Reichskabinett berät

CNB. Berlin, 15. August.

Wie wir erfahren, ist das Reichskabinett heute nachmittag um 1/5 Uhr zu einer Mini- sterbesprechung zusammengetreten, in der in erster Linie die Situation behandelt wird, die sich aus dem Ergebnis der Verhandlungen vom Sonnabend für die Reichspolitik ergibt. Die Reichsregierung hat, wie ja bereits ange- kündigt wurde, die Absicht, nun mit aller Energie an die wirtschaftlichen Aufgaben her- anzugehen, damit den Gefahren der Arbeits- losigkeit nach Kräften begegnet wird. Diese wirtschaftlichen Probleme spielen deshalb auch bereits in die heutige Ministerbesprechung hinein. Man kann wohl annehmen, daß schon heute in großen Zügen das Programm fest- gelegt wird, das in den nächsten 14 Tagen vollständig ausgearbeitet werden soll, damit die Reichsregierung mit ihm vor den Reichstag treten kann.

### Beurlaubung der SA?

Verschiedene Berliner Blätter, darunter auch die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, melden, Hitler habe die SA auf acht Tage beurlaubt. Die Pressestelle der NSDAP erklärt demgegen- über, im Braunen Haus sei nichts davon be- kannt. Trotz dieses Dementis erscheint es als nicht unwahrscheinlich, daß eine solche Maß- nahme getroffen worden ist, um Aktionen der SA, die der Führung der Partei unerwünscht wären, zu verhindern. Auch dies würde darauf hinweisen, daß manche Kreise der NSDAP nach wie vor auf eine Verständigung über die Regierungsbeteiligung hinarbeiten.

### Wenn das Sondergericht überhaupt gegen den nationalsozialistischen Mörder stattfindet. Der „V. B.“ verlangt dabei klipp und klar, daß nur Kommunisten, „die wahren Staatsfeinde“ vor Sondergerichte geschleppt und an den Galgen gebracht werden.

### Nichts Belastendes gefunden

Hamburg, 13. August.

WTB. Die Waffensuche der Hamburger Polizei im Gängerviertel hat zur Folge gehabt, daß Personen, die sich widerrechtlich im Be- sitz von Waffen befinden, sich ihrer nunmehr zu entledigen trachten. So sind in den letzten Tagen nicht weniger als 23 zum Teil geladene Schusswaffen von der Polizei gefunden oder als Fundsachen bei ihr abgeliefert worden. Während im Zusammenhang mit der Waffensuche am 9. August bekanntlich wichtiges Ma- terial über den illegalen Rotfrontkämpferbund gefunden wurde, hat die am 12. August im Einvernehmen mit den preußischen Polizei- dienststellen erfolgte Durchsuchung der Ge- schäftsstellen der kommunistischen Partei und ihrer Nebenorganisationen nichts Be- lastendes ergeben. Die Polizei vermutet, daß alles, was für sie von Interesse hätte sein können, vorher beiseite geschafft worden ist.

### 17 Personen verhaftet

Berlin, 14. August.

CNB. In der Nacht zum Sonntag sind wegen politischer Ausschreitungen insgesamt 17 Personen festgenommen worden; unter ihnen befanden sich zehn Kommunisten und drei Nationalsozialisten.

mit Ideologischer Unterstützung der Kirche halten kann, und die Kirche hat erkannt und durch die Erfahrungen in Rußland bestätigt gefunden, daß ihre Heiligkeit mit dem Be- stande der kapitalistischen Ordnung steht und fällt. Gewiß werden zwischen den Kirchen oder zwischen Kirche und Teilen der herr- schenden Klasse immer wieder taktische Mel- dungsschwächen auftauchen (die leider im Lager der Arbeiterschaft oft überschätzt werden), aber in der Strategie ihres Kampfes zur Erhaltung der bestehenden Ordnung, zur Niederhaltung des Proletariats werden sie sich immer einig sein.

Zur Strategie dieses Kampfes gegen die Arbeiterklasse gehört nun vor allem, wie wir bereits eingangs sagten, die Aufrechterhaltung falscher, irreführender Ideengänge in den Massen der Bevölkerung. Die herrschenden Kreise wissen sehr gut, was von christlicher Religion, vom Nationalgefühl und von der Ueberparteilichkeit zu halten ist; sie haben all diese Vorurteile längst lächelnd überwunden, und sie sorgen auch dafür, daß ihre Söhne, die ihre Nachfolger auf den Kommandohöhen der Wirtschaft und des Staates werden sollen, über diese Vorurteile lächeln. Aber die Völke muß die Religion, muß das Nationalgefühl erhalten bleiben, das Volk muß mit verschwom- menen Gedankengängen von Volksgemein- schaft und Ueberparteilichkeit an nüchterner Erkenntnis gehindert werden. „Sie sagen Christus und meinen Kattun“ — sie meinen natürlich ihr Geschäft, ihren Profit, ihre Herr- schaft, aber sie reden wohlweislich von Christen- tum und nationalen Belangen. Je weiter ein Regierungssystem von der Vertretung wirk- licher Volksinteressen und sozialer Gedanken- gänge entfernt ist, je einseitiger es die Inter- essen einer immer kleineren Minderheit wahr- nimmt, umso eifriger und phrasenhafter be- teuert es seinen „christlichen, überpartei- lichen, nationalen“ Charakter. Genau so hat Mussolini in Italien, ähnlich hat Pilsudski in Polen, einst Primo de Rivera in Spanien und mancher andere Diktator seine wahren Ziele mit solchen Worten verhüllt.

In Deutschland sind die Berechnungen der herrschenden Kreise ganz besonders geschickt. Die Massen der Bevölkerung, die nicht von der politischen Arbeiterbewegung erfährt und geschult worden sind, sind durch jahrhundert- lange Erziehung in Schule, Kirche und Ka- sernenhof einer derartigen Beeinflussung be- sonders zugänglich geworden. Dazu kommt, daß diese Schichten das politische Geschehen der letzten beiden Jahrzehnte niemals richtig begriffen haben, weil ihnen die Erkenntnis der gesellschaftlichen Zusammenhänge und der wirtschaftlichen Ursachen fehlt. Sie sind also nur allzu geneigt, ihren Zorn über das Unbe- friedigende ihres heutigen Daseins in falsche Bahnen lenken zu lassen — und sie entsprechen damit den Wünschen der herrschenden Klasse, die auf diese Weise der drohenden Abrechnung zu entgehen hofft.

Die deutsche Arbeiterbewegung hat es in der Vergangenheit viel zu wenig verstanden, dieser gefährlichen, unseren Kampf hemmen- den ideologischen Beeinflussung entgegenzu- treten. Eine besondere Rolle spielt hierbei natürlich die Fesseln, die sich die Sozialdemo- kratische Partei durch ihr Bekenntnis zum Staat und zur Nation und durch ihr Bündnis mit dem Zentrum angelegt hat. Die sozial- demokratische Führung wird sich von dieser geistigen Umklammerung nicht mehr befreien können. Umso wichtiger ist es, daß alle Funktionäre und Mitkämpfer der Arbeiter- bewegung, die die Gefahren dieser ideologi- schen Verwirrung erkannt haben, die unerbit- liche, kompromißlose Klarheit marxistischer Erkenntnis walten lassen — in dem Bewußtsein, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk einer klar denkenden Arbeiter- klasse sein kann.

# Skandal im Felsen- eck-Prozeß

## Der kommunistische Verteidiger ausgeschlossen

Berlin, 15. August.

CNB. Unerwartet wurde heute im Felsen- eck-Prozeß der Verteidiger der Kommunisten, Rechtsanwalt Dr. Litten, durch einen Be- schluß des Schwurgerichts von seiner weiteren Mitwirkung in diesem Prozeß ausgeschlossen. In der Begründung dieses Beschlusses heißt es, daß Rechtsanwalt Litten eine hemmung- lose parteipolitische Propaganda im Prozeß entfaltet habe und daß er den Gang des Prozesses mit Fragen aufgehalten habe, die der Aufklärung des Sachverhalts nicht dienlich wären. Der Verteidiger habe allen Unter- suchungsbehörden schwerste Vorwürfe ge- macht und allen Beamten, vom Reichspräsi- denten bis zum Justizwachmeister, Pflichtver-letzung vorgeworfen. Die ständigen Fragen des Verteidigers seien bisher, obwohl sie selten zweckdienlich waren, vom Gericht zur Vermeidung weiterer Zeitverschwendung zu- gelassen worden. Seitdem aber Staatsanwalt- schaftsrat Stenig und Rechtsanwalt Platten- berg (ein Verteidiger der Nationalsozialisten) erklärt hätten, daß sie über jede Frage des Rechtsanwalts Dr. Litten einen Gerichtsbeschuß verlangen würden, käme das Gericht mit seiner großzügigen Handhabung nicht weiter.

Rechtsanwalt Litten wollte eine Gegen- erklärung abgeben. Der Vorsitzende brach aber die Sitzung ab und ver- ließ den Saal. Darauf entstand ein furcht- barer Tumult unter den Angeklagten und Zuhörern. Rechtsanwalt Litten erklärte, daß er auf seinem Platz in der Verteidigerbank bis zur Gewaltanwendung aus- harren werde. Inzwischen hatten die kom- munistischen Angeklagten begonnen, die Internationale zu singen. Ein An- geklagter brach in Krämpfen zusammen.

### Verschleppung des Sondergerichtes wenn... es gegen die SA gehen soll

Der viehische Mord eines SA-Banditen an dem kommunistischen Arbeiter Pietczuch in Potempa, Landkreis Gleiwitz, der bekannt- lich im Schlafzimmer vor den Augen seiner Mutter erschossen wurde, war der erste Terror- akt, der nach Inkrafttreten der Terrorverord- nung nichts um 1/2 Uhr des 11. August be- gangen wurde. Dieser Mord müßte nach den Bestimmungen der Verordnung auch als erster vor ein Sondergericht kommen, — das um so mehr, als hier der Fall vollkommen klar liegt — und mit einem sofort vollstreckbaren Todes- urteil endigen. Zur Beruhigung der über den Mord aus Höchste empörten Bevölkerung wurde auch amtlich verkündet, daß sofort ein Sondergericht zusammentreten und den Fall am Sonnabend, den 13. August, schon ver- handeln würde. Aber offensichtlich will die Justiz gerade hier die Nazis schonen, deshalb wurde die angekündigte Sondergerichtsver- handlung zunächst auf Montag vertagt. Nun- mehr wird bekannt, daß die Verhandlung auf Mittwoch vertagt worden sei. Gleichzeitig wird aber in der nationalen Presse angekündigt, daß am Mittwoch zwar das Sondergericht wahrscheinlich zusammentreten, aber die Ver- handlung mindestens bis Freitag, wahrschein- lich auf noch spätere Zeit, vertagen wird.

Vielleicht wird dieses eigenartige Verhalten der Justizbehörde verständlich, wenn man weiß, daß sich das Reichs-Organ Hitlers, der „Völkische Beobachter“, schon mit der Sache befaßt hat und in nicht mißzuver- stehender Form gegen die Justizbehörde droht,



# Die Ohlauer Straßenschlacht vor der Großen Strafkammer

### Zum ersten Mal Standgericht — Protest der Verteidigung — „Rädelsführer“ — Die Vernehmung der Angeklagten abgeschlossen

(Von unserem nach Brieg entsandten Sonderberichterstatter.)

Brieg, 15. August.

E. K. Ueberfüllte Pressebänke, ein dicht besetzter Zuschauerraum, 91 Zeugen, 45 Angeklagte, das ist ganz das Bild eines ungewöhnlichen Prozesses. Und in der Tat hat der Brieger Monstreprozeß nach zwei Seiten eine generelle Bedeutung. Als die Vorgänge, die am 10. Juli die kleine schlesische Stadt Ohlau erschütterten, in Deutschland bekannt wurden, setzte eine unerhörte Hetze gegen die Arbeiterklasse ein, deren angeblicher Terror der Anlaß zu unerträglichen politischen und polizeilichen Zwangsmaßnahmen wurden. Die laßsüchtige und intellektuelle Urheberschaft des Faschismus ist heute bewiesen, die Arbeiterklasse lehnt jeden individuellen Terror ab. Aber geblieben sind die einseitig gegen die Arbeiterschaft angewandten Repressalien, und neu hinzugekommen ist vor allem jenes drakonische Mittel der Konterrevolution, die sogenannten Standgerichte. Die Brieger große Ferienstrafkammer — damit kommen wir zum zweiten Punkt — ist ein solches

#### Standgericht.

Das heißt: da die Sondergerichtsbarkeit sofort in Kraft getreten ist, ist auch das Verfahren über die Ohlauer Vorfälle, über die die Hauptverhandlung noch nicht eröffnet war, an das Sondergericht übergegangen. Auf diese Weise ist den Angeklagten so gut wie

Bist du schon Mitglied der proletarischen Kultur-gemeinschaft? Einmaliger Beitrag 10 Pfg. und du erhältst zu den Veranstaltungen der proletarischen Kultur-gemeinschaft Sondervergünstigungen.

jede Möglichkeit genommen, auf die Beschuldigungen einzugehen, Zeugen anzugeben, Entlastungsmaterial herbeizuschaffen. Wie es bei dem Schreckensurteil gegen Genossen Ziegler der Fall war, kann das Gericht auch die Beweisaufnahme für geschlossen erklären und Entlastungszeugen ablehnen. Die Laienrichter sind durch Berufsbeamte ersetzt. Revision gegen das Urteil gibt es nicht. Diese für die zurückliegenden Ohlauer Vorfälle als eine unbillige und durch nichts zu rechtfertigende Gerichtsbarkeit veranlaßte die Verteidigung, sofort einen

#### Protest

zu Protokoll zu geben. Drei Tage vorher wurde alles umgeworfen. Die Kürze der Zeit ließ den Verteidigern nicht einmal Zeit, des umfangreichen Materials Herr zu werden. Die Vorgänge in Ohlau lagen 21 Tage vor der Wahl. Die Voraussetzungen des Artikels 48 waren nicht gegeben, die Klausel von der rückwirkenden Kraft der Terrorverordnung ungesetzlich. Nicht einmal der Volksstim-mung, die in diesem Prozeß eine große Rolle spielt, wurde durch die Beseitigung der Schöffengerichtsbarkeit Rechnung getragen. Der Vorsitzende antwortete nur lakonisch: „Das Gericht wird seine Zuständigkeit von Amtswegen prüfen.“

Darauf schritt man zur Vernehmung der Angeklagten. Sie hinterließ den Eindruck, ein großer Teil der Angeklagten hat mit den zur Reden stehenden Vorgängen auch nicht das mindeste zu tun. So kann der eine Angeklagte Zeugen nennen, die bekunden können, daß er sich zur fraglichen Zeit überhaupt nicht in Ohlau befunden hat. Der Angeklagte Haselbach meint, die Gruppe Las-kowitz habe sich „an nichts beteiligt“. Fünf weitere Angeklagte scheinen nur durch den Irrtum eines Genossen belastet worden zu sein. Viele — zum Teil ohne politische Zugehörigkeit zu einer Partei — hat die Polizei zufällig als Neugierige oder auf dem Heimweg bei ihrer „Aufräumarbeit“ entdeckt, so daß sie in eine unmittelbare Beziehung zu den Vorkommnissen gerieten. Und die „Rädelsführer“? Da steht eine schwächliche, von der Härte der Arbeit gezeichnete Frau, eine Frau, deren schwache Stimme nicht einmal zum Ohr des Richterlichen dringt und mühsam flüstert, sie habe von der Prügelei nichts gesehen, sie sei während der Zeit zu einem Schrebergartenvereinsvergnügen (!) gewesen, sie könne nur von einer anderen Frau aus Gründen persönlicher Rechtsucht angezeigt worden sein. Die Frau ist — wohl-gemerkt — als Rädelsführerin angeklagt!

Solche Art von Angaben, deren Richtigkeit im einzelnen stark anzuzweifeln ist, werden wir indes bei der Zeugenvernehmung noch mehr zu hören bekommen. Die Zeugen sind zum größten Teil nationalsozialistisch. Da die

#### Schöne weiße Zähne

Schon nach einmaligem Putzen mit der herrlich erfrischend schmeckenden „Chlorodont-Zahnpaste“ schreibt uns ein Käufer. Tube 50 Pfg. und 80 Pfg. Versuch überzeugt.

Vernehmung morgen beginnt und den entscheidenden und umfangreichsten Teil des Prozesses darstellt, werden wir ihr die größte Aufmerksamkeit schenken. Es muß jedoch schon jetzt auffallen, daß Staatsanwalt Hau-de sich auffällig energisch um die Lan-dung ausgesprochener SA-Männer bemüht. Einwandfrei, und damit wollen wir den heu-tigen Bericht schließen, hat die bisherige Ver-handlung ergeben, daß die Kette von Zusam-menstößen in Ohlau mit der nationalsozia-listischen Provokation einsetzte.

#### Die Nationalsozialisten begannen den Krawall,

als sie den Angeklagten Fritz Lisse ohne Grund anfielen. Erst dann entwickelten sich die Zusammenstöße in der August-Feige-Straße, am Schloßplatz, auf der Postbrücke. Von den Nationalsozialisten allerdings — und das kennzeichnet das ganze Verfahren — sitzt niemand auf der Anklagebank. Der Prozeß, der noch weitere vier Tage dauern soll, sagt uns am ersten Tage genug.

## „Euch Lergen holen wir noch einzeln aus der Bude raus“

### Strafexpeditionen der SA gegen Reichsbannerkameraden

Wie nachträglich bekannt, haben die Nazis in der Nacht von Sonnabend auf Sonntag in Tschansch zwei Strafexpeditionen gegen Reichsbannerkameraden vorgenommen. Die „Volkswacht“ schildert die Vorfälle:

Gegen 2 Uhr morgens versuchten 13 uniformierte SA-Leute in die Wohnung des Althofnasser Straße 3 wohnenden Reichsbannerkameraden T. mittels Dietrich zu gelangen und nur dem Umstand, daß von dem schlafenden Wohnungsinhaber der Schlüssel im Schloß gelassen, ist es zu verdanken, daß die Einbruchversuche des dreizehnköpfigen SA-Rollkommandos ohne Erfolg blieb.

Zur gleichen Zeit versuchte ein anderer Trupp in die Wohnung des Reichsbannerkameraden K., Althofnasser Straße 21, auf die gleiche Art einzudringen.

Hier waren es nun zwei Hausbewohner, die zur frühen Morgenstunde ihre Wohnung verließen und deren Erscheinen bewirkte, daß das SA-Mordkommando nach dem Hausboden sich verzog und später über die anliegenden Gartenzäune verduftete. Und genügend einwandfreie Zeugen werden beweisen, daß im ersten Fall — Althofnasser Straße 3 — der dort wohnhafte SA-Mann

Gasche, seines Zeichens städtischer Gaswerksarbeiter, nicht nur die dreizehnköpfige Mordkolonne in das Haus zur Nachtzeit hereingelassen, sondern noch auf dem Treppentritt den Rat erteilte: „Nehmt euch nur den Dietrich mit.“ Es sei noch erwähnt, daß dieser SA-Bursche Gasche, der sich hier als Anstifter einer Heineskolonne entpuppt, und der SA-Mann Paul Kaiser, Kinderhelmstr. 14, Mitte voriger Woche bei der sehr intensiv betriebenen Reinigung einer Pistole durch Hausbewohner überrascht worden ist. Das braune Mordgesindel pfeift also auf alle Notverordnungen, die zur Herstellung der Ruhe und Ordnung dienen sollen.

Weiter scheint es für die polizeilichen Stellen bzw. für den Staatsanwalt des Sondergerichts nicht unerheblich, erfahren zu können, daß diese nächtlichen zwei Einbruchversuche, von dem ebenfalls Althofnasser Straße 3 wohnenden SA-Mann Bernhardt Wiesner tags vorher, nachdem dieser neutreudeutsche Hitleranhänger ein fünfjähriges Arbeiterkind mit Wasser aus seiner Wohnung heraus begossen, der protestierenden Mutter und anderen Zeugen gegenüber öffentlich am Freitag vormittag ankündigte: „Euch Lergen holen wir noch einzeln aus der Bude raus!“

## Geisteskrank oder Mörder?

Breslau, 16. August.

In Saßwitz befindet sich eine Gendarmeriewache. Dort erschien am Sonntag ein sichtlich aufgeregter junger Mann und erklärte: er sei der Kaufmann Hans Werner Jakob, sei 29 Jahre alt, wohne am Orte und hätte ein angeblich aus Breslau stammendes junges Mädchen, die Erna Pfeifer hieße, ermordet. Er habe mit ihr, ohne daß sein Vater etwas davon gewußt hätte, ein Verhältnis gehabt, das nicht ohne Folgen geblieben sei. Seit drei Monaten befinde sie sich in anderen Umständen. Am Sonntag hätte sie ihn nun wieder besucht, sie seien nach Krieblowitz gegangen und dort habe sie in einem Gespräch von ihm pekuniäre Unterstützung gefordert. Er habe das von sich gewiesen, daraufhin hätte sie gedroht, zu seinem Vater gehen zu wollen und von dem Verhältnis und ihrer Schwangerschaft zu erzählen. Er sei darauf in furchtbare Wut geraten und hätte sie schließlich erwürgt.

#### Kleine Kriminalchronik

Glatz. Der Räuber, der am Freitagvormittag einen Lehrling im Hausflur des hiesigen Finanzamtes überfallen hat, um ihn zu berauben, ist in der Person des Fedor Klimczok aus Altheide ermittelt worden. In seiner Begleitung befand sich seine Schwester Regina. Beide haben ein Geständnis abgelegt und sind dem hiesigen Gerichtsgefängnis zugeführt worden. Der Lehrling hatte einen Betrag von 900 Mark in der Tasche, die K. ihm entreißen wollte.

Beuthen O/S. Am Sonntag wurde etwa 200 m von der Försterei der Castellengrube entfernt im Waldesdickicht die Leiche einer etwa 30-jährigen Frau von einem Förster gefunden. Die sofort an die Fundstelle herbeigeleitete Mordkommission stellte fest, daß der Tod erst kurz vorher eingetreten war. Die Leiche war vollkommen bekleidet. Neben dem Kopfe lag ein alter, mit künstlichen Blumen verzierter Sommerhut. Unter dem Kopfe befand sich eine größere Menge Farnkräuter und eine bräunliche, 15 bis 18 cm große Lederhandtasche. Ausweispapiere waren nicht vorhanden. Man nimmt an, daß der Tod durch Vergiftung eingetreten ist. Ob Selbstmord,

Unglücksfall oder Verbrechen vorliegt, ist noch nicht geklärt. Nach dem gegenwärtigen Stand der Ermittlungen handelt es sich aber offenbar um einen Selbstmord.

Breslau. Bei Musselwitz wurde aus der Oder die Leiche eines neugeborenen Knaben geborgen, die in braunem Packpapier verschürzt war. Sie hat etwa zwei Tage im Wasser gelegen. Es liegt die Vermutung nahe, daß die Leiche bereits in Breslau in die Oder geworfen worden ist. Die polizeilichen Ermittlungen nach der Mutter des Kindes sind im Gange.

Schweidnitz. In Berghof-Mohnau überraschte ein Förster einen Wirtschaftsbesitzer aus Mettkau und dessen Söhne, als sie gerade ein Getreidefeld plünderten. Von 70 Garben hatten sie bereits die Ähren ab-geschritten.

Hindenburg. Bei der Durchsichtung der Wohnung des erwerbslosen Schlossers Janoschka in Mikultschütz wurde eine Falschmünzwerkstatt entdeckt. Gefunden wurden Gußformen für Fünfzigpfennigstücke und für Einmarkstücke sowie eine Teilzeichnung eines Hundertzlotyscheines. Falschgeld war nicht vorhanden. Janoschka wurde festgenommen.

## Auslieferung des Breslauer Senders an die Nazis

Breslau, 16. August.

Der Nazikommissar für den Rundfunk, Scholz, ist eifrig dabei, seine Aufgabe im Sinne der Rechten zu verwirklichen. In Berlin sind die maßgebenden Persönlichkeiten des Rundfunks zum Teil bereits abgesetzt und durch Nationalsozialisten oder Deutschnationaler ersetzt worden. Jetzt soll die Verwaltung der Sender in Hamburg und in Breslau an die Reihe kommen. An beiden Orten beabsichtigt man, ausgesprochene Nationalsozialisten und solche Personen, die ihnen nahestehe-n in die Leitung des Rundfunks zu dirigieren.

## „Heil Hitler“-Rufe vor Gericht

Breslau, 16. August.

Wir brachten bereits vor längerer Zeit einen ausführlichen Bericht über die Gerichts-verhandlung gegen den Fememörder Hans Spöhrer, der — wie der Arbeiterschaft noch erinnerlich — den Gastwirt Barisch in der Lothringer Straße in seiner eigenen Wirtschaft erschossen hat. Spöhrer wurde zu der lächerlichen Strafe von nur 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Er legte aber dennoch Berufung ein.

Vor der 5. Ferienstrafkammer wurde nun der Fall in der Berufungsinstanz noch einmal aufgerollt. Es blieb bei dem ursprünglichen Urteil. Nach der Urteilsverkündung brach der Angeklagte in Pfusch gegen die Justiz und in „Heil-Hitler“-Rufe aus, denen sich die zahl-reich im Zuschauerraum versammelte Nazi-anhängerschaft anschloß. Sonderbarerweise gelang es nicht, auch nur einen einzigen Rufer im Zuschauerraum festzustellen. Der Angeklagte erhielt eine „Ordnungsstrafe“ von 3 Tagen Gefängnis.

## Manöver der Te-No

Ein bürgerliches Nachrichtenbüro meldet von einer geplanten groß angelegten Übung der technischen Nothilfe am Oberlauf der Oder:

„Der Landesbezirk Schlesien der Technischen Nothilfe veranstaltet am kommenden Sonntag am Oberlauf der Oder in der Gegend von Cosel eine große Katastrophen-Abwehr-übung, an der zur Prüfung des Zusammen-arbeitens der für den Schutz der Oder auf-gestellten Einsatzorganisationen eine bedeutende Anzahl Dienststellen der Landesbezirke Schlesien und Brandenburg teilnehmen werden. Die Übung zerfällt in drei Übungsstellen, eine bei Birawa, eine bei Althammer und eine bei Cosel-Hafen. Die Übungen werden als Grundgedanken die Hilfsmäßigkeiten bei einem katastrophalen Hochwasserhaben.“

Das Bürgertum hat natürlich Interesse daran, festzustellen, ob es im Falle eines Streiks in der technischen Nothilfe eine schnell einzusetzende, bewegliche und allen Ansprüchen gewachsene Streikbrecherarmee besitzt. Das alles läßt sich an einem so un-scheinbaren Objekt wie eine „Katastrophen-abwehrübung“ darstellt, erproben. Die Ar-beiterschaft interessieren allerdings solche Meldungen von einem ganz anderen Stand-punkt. Sie weiß sie in ihrem Sinne zu deuten.

## Der „Angriff“ muß seine Lügen berichtigen

Der nationalsozialistische „Angriff“ brachte gestern die ihm von dem mit der Wahr-nehmung der Geschäfte des Preussischen Ministers des Innern beauftragten Dr. Bracht zugestellte Aufklärungsnachricht mit der amtlichen Feststellung zum Tod des Nationalsozialisten Jenke in Reichenbach in Schlesien. In der Nachricht wird festgestellt, daß die vom „An-griff“ verbreitete Darstellung, nach der der SA-Mann Jenke von dritter Seite, insbesondere von Angehörigen des Reichsbanners oder von Kommunisten ermordet worden sei, nicht zu-trifft. Der Tod Jenkes sei vielmehr durch einen Sprengkörper herbeigeführt worden, den Jenke selbst in der Hand gehalten habe.

## Kein politischer Anschlag in Friedrichgrätz?

Oppeln, 15. August.

Die Ermittlungen über den Anschlag auf den der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei angehörenden Förster Berg-mann, der nachts in Friedrichgrätz durch einen über die Straße gelegten Telegraphen-mast mit seinem Motorrad verunglückte, sind noch nicht abgeschlossen. Doch neigt man nach dem bisherigen Ergebnis der Unter-suchungen mehr zu der Auffassung, daß es sich nicht um einen politischen Anschlag handelt.

## Freie Turnerschaft Breslau e. V.

In dieser Woche werben in ganz Breslau die Arbeitersportlerinnen in allen Kreisen des Proletariats. Täglich finden Werbeveranstaltungen in allen Stadtteilen statt, die Gelegen-heit geben, allen noch Fernstehenden Einblick in das Getriebe der Sportorganisation zu ver-mitteln. Es muß möglich sein, daß jede Proletarier-Frau und jedes Mädchen sich einen Tag freimacht, um diese Veranstaltungen zu besuchen. Bitte beachtet die Bekannt-machungen, die den Ort und die Zeit der Werbestunden enthalten. Sorgt für Massenbesuch!

# Aus dem Osten der Stadt

Breslau, 16. August.

Die Einwohner der Ohle beklagen sich in letzter Zeit immer mehr, daß die Wasser der Ohle durch den eingeleiteten Hofgraben schwer verunreinigt werden. Es stellt sich heraus, daß von den Werkstätten des Bahnhofs Brockau Öle, Fette und sonstige Rückstände in den Hofgraben geleitet werden, ohne vorher durch eine Kläranlage zu laufen. Die Einwohner, insbesondere die proletarische Bevölkerung der Ohleniederung protestiert schärfstens gegen diese Unhygienizität der Reichsbahn. Wie jetzt bekannt wird, werden der Stadt einige Pläne für Kläranlagen vorgelegt werden.

Das Bürgertum von Tschansch fühlt sich in der letzten Zeit durch die politischen Zusammenstöße, die alle einzig und allein auf die Terrorausbreitungen der Hitlerbanden zurückzuführen sind, lebhaft beunruhigt. Und so hat man sich denn an das Polizeipräsidium

gewandt und für Tschansch ein Polizeirevier angefordert. Dem Ersuchen des „Bürgervereins“, der hier wie anderswo eifrig um die leibliche Wohlfahrt der ihm anvertrauten Schutzbefohlenen im Proleten kümmert man sich weniger besorgt ist, hat das Polizeipräsidium wohl stattgegeben, damit die Bürger wieder ruhig schlafen können.

Wenn man in den letzten Wochen und Monaten in der Ohleniederung und den Ostpark gewandert ist, hat man riesige Erdarbeiten beobachten können. Im Augenblick wird unter Ausnutzung der Fursorgearbeiter möglichst unter Ausschaltung aller Arbeitskräfte, die tarifmäßig bezahlt werden müssen hinter dem jetzt verwahrloht daliegenden Gelände des Lunaparks das Basiss für ein Strandbad ausgehoben und eine wellenartige Strandfläche eingebaut. Für das Bürgers- und Kleinbürgertum wird ein Umbau des Kaffeehauses in Pirscham vom Hochbauamt geplant.

## Vom Stadttheater Breslau

(Opernhaus)

Das Stadttheater eröffnet die neue Spielzeit am 1. September mit einer Neuinszenierung von Webers „Der Freischütz“. Die Inszenierung übernimmt Intendant Dr. Hartmann, die musikalische Leitung Generalmusikdirektor von Hoeßlin, Bühnenbilder: Prof. Wildermann. Am 2. September findet die Breslauer Erstaufführung von Heubergers Operette „Der Opernball“ statt, die mit großem künstlerischem Erfolg in den letzten Jahren in den Spielplan der Opernhäuser übernommen wurde. Inszenierung: Werner Jacob, musikalische Leitung: Hermann Wetzel, Tänze: Valeria Kratina.

Im Monat September gelangt weiter zur Aufführung: Wagners „Der fliegende Holländer“ (Neuinszenierung) unter der musikalischen Leitung von Generalmusikdirektor von Hoeßlin und Lehars beliebte Operette „Der Zarewitsch“, sowie am 30. September die Erstaufführung von d'Alberts hinterlassener Oper „Mitter Wu“, deren Inszenierung Intendant Dr. Hartmann hat.

Die Intendant des Stadttheaters hat für die Weihnachtszeit Humperdincks beliebte Märchenoper „Die Königskinder“ angenommen, deren tragende Rollen Frau Böhle, Fr. Mittelstädt und Herr Weith übernehmen sollen.

## Schlesischer Arbeiter-Sport

Faustballkroismeisterschaft des 14. Kreises

Am 21. August steigen in Breslau im Ostpark die Endspiele um die schlesische Faustballmeisterschaft. Als Gegner haben sich folgende Bezirksverbandsmeister durchgespielt. Bezirksverband 1, 3, 5. Bezirk, 7. Abt. der Freien Turnerschaft Breslau. Im Bezirksverband 2, 10. Bezirk ist VfL-Görlitz, Meister geworden. Aus dem Bezirksverband 4, 7. Bezirk ist der vorjährige Meister Ludwigsdorf gemeldet. Im Spiel 6, 8. Bezirk ist Neusalz Meister. Die Spiele beginnen am Vormittag 10 Uhr. Die Eintrittspreise dazu sind Erwerbstätige 30 Pfg., Erwerblose 15 Pfg. Am Schluß der Spiele steigt ein Handballspiel Freie Turnerschaft Breslau-Bezirks-Verein. Es sind dieselben Mannschaften, welche an „Rast“ spielen.

Folgende Spieler sind nominiert:

Turnermannschaft: Schönfeld, 6. Abt.; Steiner, 9. Abt.; Joppich, 5. Abt.; Kindler, 9. Abt.; Schubert, 5. Abt.; Gönzl, 1. Abt.; Jüngling, 9. Abt.; Pfeiffer, 5. Abt.; Schönfeld, 6. Abt.; Fietz, 2. Abt.; Hain, 1. Abt. Als Ersatz: Jüttner, 6. Abt.; Tschapp, 5. Abt.; Kaschner, 2. Abt.

Sportlermannschaft: Winkler, Stabelwitz; Schwemmer, Sil. Kick, Schwerin, 1925; Kuhn, 1925; Hohne, Südost; Haase, Sil. Kick, Erhardt, Stabelwitz; Urban, 1897; Stürkel, 1925. Den linken Läufer stellt Südost, den Tormann Stabelwitz. Als Ersatz: Schmidt, 1925 und je ein Ersatzmann von Südost, Sil. Kick, und 1897. Man beachte unter der Woche die Presse über die Vorschau der Mannschaft.

Freie Turnerschaft Breslau e. V.

Die Dampferfahrt ins Unterwasser, veranstaltet von der 9. und 2. Männer-Abt., findet wegen der am 21. August stattfindenden Schlußkundgebung der Frauen-Werbewoche sowie der Austragung der Faustballmeisterschaften und eines Auswahlhandballspiels erst am 4. September statt. Die bereits gelösten Karten haben ihre Gültigkeit, Teilnehmer aus befreundeten Abteilungen können sich noch melden. Meldeschluß 26. 8. Bis zu diesem Tage

## Unfälle, Selbstmorde . . .

Breslau. In einem Hause der Kleinen Gschewegasse wurde in einem Vorkostgeschäft eine Frau von der elektrischen Drehrolle an die Wand gedrückt. Die Verunglückte, die mehrere Rippenbrüche und Blutergüsse davongetragen hatte, wurde von der sofort alarmierten Feuerwehr aus ihrer Lage befreit und mit dem Rettungswagen ins Krankenhaus gebracht.

Breslau. Am Sonntag wurde an der Rosenthaler Brücke die Leiche einer unbekannt etwa 45- bis 50-jährigen Frau geborgen.

Breslau. Der 58-jährige Straßenwäiter F. wurde in seiner Wohnung in der Berliner Straße erhängt aufgefunden. Es liegt Selbstmord vor. Warum F. die Tat bezangen hat, ist bis jetzt noch nicht festgestellt worden.

Peiskretscham. In Peiskretscham wurde der 13-jährige Schüler Wilhelm Badura aus Peiskretscham von einem Personenkraftwagen angefahren und getötet.

Glogau. Die Hausangestellte Frieda Rolke aus Siegersdorf, Kreis Freystadt, erlitt auf einer Radtour von Glogau nach Quanzitz einen Hitzschlag. Sie wurde ins Städtische Krankenhaus eingeliefert, wo sie am Abend verstarb.

## Paddelbootunglück

Am 11. d. Mts. bauten kurz unterhalb der Fähre Maltsch zwei Wassersportler ihr Faltboot auf, um eine Talfahrt auf der hochwasserführenden Oder anzutreten. Anstatt stromaufwärts aus der Buhne zu fahren, paddelten sie kurz vor dem Buhnenkopf stromabwärts

aus der Buhne. Durch den plötzlichen starken Strom wurde das Boot schon in der nächsten Buhne gegen einen vor Anker liegenden Schleppkahn gedrückt. Beide Insassen stürzten ins Wasser. Hierauf wollten sie schwimmend das Faltboot bergen. Dabei kam der eine Paddler, Dr. Kurt Moses, Liegnitz, ums Leben. Die Leiche konnte bisher nicht geborgen werden. Das Faltboot trieb auf ein Drahtseil, wurde zerrissen und ging unter.

## Der gerissene Defraudant

Grünberg, 14. August.

Der vor kurzem nach einer abenteuerlichen Flucht verhaftete Obergerichtsvollzieher Kleinert aus Grünberg hat nunmehr während der Untersuchungshaft in Glogau ein umfassendes Geständnis abgelegt. Bekanntlich hat er umfangreiche Unterschlagungen von amtlichen Geldern gemacht, hatte dann aber die Flucht ergriffen, in Breslau einen Selbstmord durch Ertrinken in der Oder vorgetäuscht und sich dann in Berlin aufgehalten. Dann war er mit den Nerven zusammengebrochen oder hatte mehr oder weniger eine Geisteskrankheit vorgetäuscht. Kleinert wurde dann auf seinen Zustand in einer Heil- und Pflegeanstalt untersucht und für normal erklärt. In seinem Geständnis gibt K. jetzt mehrere Fälle der Amtsunterschlagung zu, entschuldigt sich aber damit, daß er Schuldner aus Gutmütigkeit vielfach mit Geld ausgeholfen habe, die ihm dann im Stich gelassen hätten. Ebenso hätten Schuldner Pfandstücke veräußert und er sei für den Schaden aufgekommen. Durch diese Manipulationen sei seine Buchführung in einen derartig vernachlässigten Zustand gekommen, daß er sich keinen Rat mehr gewußt habe. So habe er planlos die Flucht ergriffen. K. wird vor der Großen Strafkammer in Glogau abgeurteilt. Gegen die Entscheidung dieser Instanz gibt es als Rechtsmittel nur die Revision beim Reichsgericht.

**Berlin**

**Rose-Theater**  
Große Frankfurter Str. 132  
Telefon: E 7 Weidau 3422  
Mittwoch, 17. August  
8.30 Uhr  
**Herzdame**

**Gartenbühne**  
Mittwoch, 17. August  
5.30 Uhr  
Konzert und Varieté  
8.15 Uhr  
Frühlingsluft

**WATERLAND**  
KURFÜRSTEN-STRASSE  
RESTAURANT  
BETRIEB  
KEMPKI

## „Der Niedergang des deutschen Kapitalismus“

von Fritz Sternberg  
soeben erschienen  
Ladenpreis 9 Mark

Genossinnen und Genossen der SAP erhalten nach wie vor das Werk für 4.50 Mk. Niemand versäume diese günstige Kaufgelegenheit. Bestellungen an die Expedition der SAZ, Kleine Holzstraße 3.

Stets frisch zu haben bei:

**Kurt Reichert**  
Kolonialwaren  
Steinauer Straße 20  
Ecke Leuthenstraße

Jeder Genosse, jede Genossin! Wirbt einen Abonnenten für unsere **SAZ**

Beachtet unsere Inserate

# Wo decke ich meinen Bedarf?

Paul Fröhau  
**Kolonialwaren usw.**  
Bergstraße 22

**Maßschneiderei**  
Kürschnerei und Pelzpflege  
Damenmäntel und Kostüme  
**P. Muschalle, Breslau 6**  
Friedrich-Wilhelm-Str. 14, 2. Etg. — Tel. 25221

**Kolonialwaren Karl Bothur**  
Posener Straße 13 Tel. 27397

**WESTEN**

**Damen- u. Herren-Frisier-Salon**  
Max Tometzky, Friedr.-Wilhelm-Str. 90

**Schmelz ist und bleibt billig**  
Friedrich-Wilhelmstraße 25

Leinwandhaus **Gotthard Völkel**  
Friedrich-Wilhelm-Straße 51  
Gute Wäsche u. Berufskleidung jeder Art

**möbel** im möbelhaus  
preiswert königsplatz 4

**Eis-Vater**  
Breslau, Posener Straße 34

**Obst • Gemüse • Kolonialwaren**  
Erich Völkel Bergstraße 30

**Leserinnen und Leser der SAZ!**

Schneidet untenstehende Kupons aus!  
Tragt sie bei Euch!  
Gebt sie in den Geschäften ab!  
Ihr unterstützt damit Eure Zeitung und ermöglicht ihren Ausbau.

Genossinnen und Genossen, gebt bei Euren Einkäufen unsere Kupons in den Geschäften ab

|  |  |  |  |  |
|--|--|--|--|--|
| Wir lesen die <b>SAZ</b><br><b>Sozialistische Arbeiter-Zeitung</b><br>Geschäftsstelle: Kl. Holzstr. 3. Tel. 20602<br>und kaufen in Zukunft nur noch bei unseren „Inserenten“ | Wir lesen die <b>SAZ</b><br><b>Sozialistische Arbeiter-Zeitung</b><br>Geschäftsstelle: Kl. Holzstr. 3. Tel. 20602<br>und kaufen in Zukunft nur noch bei unseren „Inserenten“ | Wir lesen die <b>SAZ</b><br><b>Sozialistische Arbeiter-Zeitung</b><br>Geschäftsstelle: Kl. Holzstr. 3. Tel. 20602<br>und kaufen in Zukunft nur noch bei unseren „Inserenten“ | Wir lesen die <b>SAZ</b><br><b>Sozialistische Arbeiter-Zeitung</b><br>Geschäftsstelle: Kl. Holzstr. 3. Tel. 20602<br>und kaufen in Zukunft nur noch bei unseren „Inserenten“ | Wir lesen die <b>SAZ</b><br><b>Sozialistische Arbeiter-Zeitung</b><br>Geschäftsstelle: Kl. Holzstr. 3. Tel. 20602<br>und kaufen in Zukunft nur noch bei unseren „Inserenten“ |
|--|--|--|--|--|



# An die proletarische Frau!

## Zur Frauenbewegung der Arbeitersportler

Es ist die verfluchte Bedingtheit des Proletariats, die in weiten Kreisen besonders aber in denen der proletarischen Frau noch vorhanden ist, und sie durch jahrhundertelangen Druck der Klassenherrschaft immer noch in den Schranken der Untergeordnetenrolle festhält. Viele Tausende haben mit der politischen Gleichberechtigung der Frau eine neue Lebensgestaltung geschaffen, sind zu Teilhabern an den Errungenschaften der Arbeiterklasse geworden, zu wirklichen Kämpfern für den Sozialismus, der allein den Lebensweg der Arbeiterfrau beenden kann. Aber noch viel größer ist das Heer der Untätigen und Abselbststehenden, der Gleichgültigen und Unaufgeklärten. Tag um Tag, Stunde um Stunde trotten sie dahin, allzu früh verbraucht, und kennen nur die engen Gänge der proletarischen Kasernen. Beängstigt von der Sorge um tägliche Brot, und erfüllt von der Ungewissheit der erdrückenden Gegenwart ist ihr Leben ein einziges Bangen und Sorgen ohne jede menschlich berechtigte Freude. Die einen, sie stehen an ihren Kochtöpfen und rechnen. Bald wird es nicht mehr reichen, sie zu füttern. Und die anderen, die Junge Generation, sie steht an den Strafen oder flüchtet ins Freie. Junge Menschen, gefesselt von dem ethischen Begriff der Liebe, versuchen mit allen Mitteln ihre drei Reize für einen eigenen Hausstand zusammenzubringen. In tausend Fällen gelingt es nicht. Es bleibt bei der Hoffnung. Sie hoffen, hoffen und warten auf irgend eine Aenderung, sie erwarten alle ihr persönliches Glück und begnügen sich noch damit im Sinne eines kitschigen Romans von der glücklichen Liebe oder Ehe irgend einer bornierten Dame der Gesellschaft zu zehren. Sie gehen hin in die Kinos und sätigen sich an prunkhaft kitschigen Filmen, weiteln in ihrer Kleidung mit dem geschäftstrieberischen Getöse der bürgerlichen Welt, ja sie tun alles, nur um nach außen hin vornehm und gebildet zu erscheinen. Tief gärt in diesen Menschen das Gift des kapitalistischen Einflusses und Millionen brauchbarer Lebensenergien verlegen so im Lärm der Jazzmusik oder verblöden unter dem Gewinsel von den Kanzeln der Kirche.

Da melden sich die Jünger des dritten Reiches, die Euch Frauen das Heil vom Himmel versprechen. Diese Kasernenhofknechte, die leben und nur geduldet werden können, weil ihre Häuptlinge glauben, daß jetzt, nachdem das deutsche Volk fast verhungert ist, nicht mehr die reale Vernunft, nicht mehr die sozialistische Idee, sondern die Dummheit Triumphe feiert. Sie hetzen und fördern den Terror, um die Waffen des Geistes zu töten. Sie wollen neuen Krieg, um neue Profite zu schinden, währenddessen sie Millionen als willfähres Werkzeug gebrauchen.

Der Krieg von 1914—18 hat vielen Millionen Frauen den Mann gekostet, vielen Müttern den Sohn und unzähligen vielen Kindern den Vater und Ernährer. Mit Säbelgerassel und Trompetenstößen sind sie hinausgezogen in dem Glauben, dem Vaterlande und dem Volke zu dienen. Anders ist alles gekommen. Die Profitgier des kapitalistischen Staates hat aus ihrem Blute Paläste und Paradiese gebaut. Heute rufen sie zu neuen Kriegen, heute nach 14 Jahren der Beendigung des unvergesslichen Mordens. Heute marschieren sie wieder mit Säbeln und Tressen und das alles, weil ihr, besonders die proletarische Frau, alles gewesene vergessen hat. Heute versucht die Reaktion erneut Euch eure Lebensrechte zu beschneiden, Ihr sollt erneut hinabgedrückt werden in einen Kulturstand, wie vor 40 Jahren. Ihr sollt Gebärmaschine und Weib sein, Weib im Sinne einer Magd oder eines minderwertigen Menschen. Wer in diesen Zustand zurückkehren will, der stelle sich Hitler und seiner Avant-

garde ruhig zur Verfügung. Wer aber als freier Mensch für einen freien Staat mitkämpfen will, der marschiere mit uns in den Reihen der proletarischen Organisation.

Vielschichtig ist das Gebilde der Arbeiterbewegung. Heute rufen die Arbeitersportler zum Appell, nicht nur um Sport zu treiben und Sport zu empfehlen, weil wir im Zeitalter des Sports leben, nicht weil Sport in weiten Kreisen ein Geschäft geworden ist, sondern weil wir das Leben und die Freiheit bejahen und einen gesunden und kräftigen Körper dazu brauchen. Der proletarischen Frau fällt die Beteiligung in den politischen Organisationen oftmals sehr schwer. Sie entbindet sie wenig von der alltäglichen Sorge, bietet allzu wenig Freude und macht durch die intensive Erkenntnis der Situation ihr Leben scheinbar noch hoffnungsloser als bisher. Das mag wohl ein Grund sein, warum so viele Frauen überhaupt nirgends betätigt sind. Wir Arbeitersportler wollen aber durch unsere Arbeit besonders körperliche und gesellschaftliche Freude wecken, wir wollen ihnen lehren, für Ideale zu leben, um sie so langsam mit den Aufgaben der proletarischen Klasse vertraut zu machen. Freude wollen wir wecken, die heute manchen sonst irgendwo kaum beschieden ist. Kommen sie zu uns, erhalten sie ihren Körper gesund und lebensfähig, dann werden sie leichter als bisher alle Klippen der Gegenwart übersteigen. Reißt euch endlich los von dem erdrückenden Alltag und schaut endlich über den Horizont des Kochtopfes und über die Einflüsse der bürgerlich-kapitalistischen Welt. Die Frau ist eine ungeheure Macht, wenn sie vereint allen Widerstehern gegenübertritt, denn sie ist die Wurzel, aus der einstmals eine neue Generation herauswächst, die hoffentlich die Generation der sozialistischen befreienden Tat sein wird.

Nochmals, kommt zu unseren Übungsstunden, stählt Euren Körper und schärf Euren Geist, werdet Mitglied unseres Bundes und aktive Streiter der sozialistischen Sportlerschaft. Noch wirken und werben wir, in des Wortes tiefster Bedeutung: „Nur in einem gesunden Körper steckt ein gesunder Geist.“ — el.

### Ein neuer Komet

Die Potsdamer Sternwarte hat einen Kometen gesichtet, der am 8. August in Amerika entdeckt worden ist. Der Komet ist schon mit einem kleinen Instrument, jedoch nicht mit bloßem Auge zu sehen.

### Erdbeben in Ozeanien

Wellington, 15. August.  
Ein Erdbeben, dessen Epizentrum in einer Entfernung von 1600 km in nordwestlicher Richtung liegen dürfte, ist gestern hier verzeichnet worden. Das Beben begann um 3.28 Uhr morgens und wurde 20 Minuten lang ziemlich heftig verspürt, schwächere Stöße machten sich noch nach 1 1/2 Stunden bemerkbar. Das Beben wurde ebenfalls in Chatham und Canterbury verspürt.

### Ein Riesenmeteor in Rußland

In Tscheljabinsk ging dieser Tage unter ungeheurer Getöse dicht an den letzten Häusern der Stadt ein Meteor nieder, dessen Ausmaße nach den Berichten geradezu sensationell zu nennen sind. Er bohrte sich nicht weniger als 8 Meter tief in die Erde. Als er zur Erde stürzte, zersprangen infolge des riesigen Luftdrucks sämtliche Fensterscheiben in weitem Umkreise.

lungen, nur hinter wenigen Fenstern brennt Licht.

Die Schmiede liegt hinten auf dem Hof. Lange nimmt seine Kontrollmarke vom schwarzen Brett. Er tappt über den dunklen Hofplatz und die paar Stufen zur Garderobe hinunter. Ein niedriger Raum mit einer langen, eisernen Waschrinne in der Mitte; darüber hängt eine vergitterte Lampe. Die Schränke an den Wänden liegen fast im Dunkeln. Die dreißig Mann der Nachtlösung haben sich nacheinander eingefunden und sind dabei, ihre Kleider auszuziehen und die von altem Schweiß steifen Arbeitsbrocken überzustreifen. Einige sind mit Umziehen schon fertig.

Sie sitzen herum, rauchen oder dösen. Zwei Minuten vor zwölf ertönt die Klingel. Die Leute klopfen ihre Tabakspfeifen aus und verschließen ihre Spindtüren. Am Ausgang staut sich der Haufen. Und die ganze Zeit über wird kaum gesprochen. Nur der dumpfe Rhythmus der schweren Hämmer durchzittert die Luft und übertönt jetzt, wo die Türen zur Schmiede offenschauen, alles andere.

Auch die Arbeit wird schweigend aufgenommen.

Lange bedient den großen Hammer I. Mit drei Helfern löst er seinen Vorgänger von der anderen Schicht ab. Er hebt seinen Arm und zieht ein Kontergewicht. Die Ofenklappe geht auf. Der Helfer Brantschke schiebt einen Karren an das Loch heran. Die beiden anderen packen mit langen Zangen einen Metallblock, ziehen die glühende Masse auf den Karren und schaffen sie zum Dampfhammer.

Die ausstrahlende Hitze des milchweißen Blocks hält die Männer mit den Zangen einige Meter von ihm entfernt. Brantschke hat den Karren zurückgezogen und hält jetzt auch eine der langen Greifzangen in den Fäusten. Mit vereinten Kräften bugisieren sie das glühende Eisen, das sofort bearbeitet werden muß, auf den Amboß. Lange hält die Hand am Dampfhebel, ein genau bemessener Griff; der Hammer fällt mit seinem vollen Gewicht herunter. Einmal, zweimal, zehnmal, der Hammer gehorcht jedem leisen Druck der führenden

## Eisenbahndiebe zum Tode verurteilt

Moskau, 15. August (United Press).

In den Prozessen gegen Eisenbahndiebe, die in Baku und Tiflis geführt wurden, sind gegen neun Angeklagte Todesurteile ausgesprochen worden. Es handelte sich um die riesigen Warendiebstähle auf verschiedenen Bahnhöfen, wegen der dreihundertfünfzig Personen in Murmansk und vierzig Personen im Kaukasus festgenommen worden waren. In den jetzt beendigten Prozessen standen achtundzwanzig Personen unter Anklage, Waren im Werte von vielen Millionen Rubeln entwendet zu haben; außerdem wurden die Teilnehmer an den Diebstählen in Murmansk beschuldigt, sowjetfeindliche Propaganda getrieben zu haben.

Moskau, 15. August.

Infolge von Verfehlungen in den Getreidebereitstellungen hat die GPU in Großrußland und im Kaukasus zahlreiche Verhaftungen von verantwortlichen Leitern der Getreidebereitstellungsorganisation vorgenommen. Bisher wurden insgesamt 68 Personen verhaftet, die von der GPU abgeurteilt werden sollen. Unter den Verhafteten befinden sich auch über 40 Mitglieder der kommunistischen Partei. Diese sollen außerdem vor das Parteigericht gestellt werden.

## Zwei Hitzschläge

Ein Todesopfer als Folge der Hitze.

Berlin, 15. August.

An einer Autobushaltestelle an der Potsdamer Brücke brach heute mittag der 68 Jahre alte Vertreter Gottfried Geisler aus der Ritzener Straße 48 zusammen. Der hinzugerufene Arzt konnte nur noch den Tod feststellen. — Die wohnungslose 34 Jahre alte Johanna Bergmann wurde heute vormittag vor dem Hause Cauerstraße 1 von einem Hitzschlag betroffen. In bedenklichem Zustande wurde die Frau in das Krankenhaus geschafft.

## 7 Opfer des Rheins

Düsseldorf, 15. August.

Der riesige Badbetrieb am gestrigen Sonntag hat nicht weniger als sieben Todesopfer gefordert. Am Leuchtenberger Ort ertrank morgens ein junger Mann. Wenige Minuten später ereilte ein junges Mädchen das gleiche Los, das einen Schleppkahn bestiegen wollte. Auch bei Mochenwerth fanden beim Baden ein 15jähriger Junge, ein Maler und ein anderer Mann den Tod in den Wellen. In der Nähe des Pappendammens kenterte kurz vor Ausbruch des Gewitters ein Paddelboot, in dem sich zwei Damen befanden. Ein Spaziergänger sprang den beiden Frauen nach, brachte sie auch ans Ufer. Als er dann versuchte, auch das Paddelboot zu bergen, ging er unter. Schließlich ertrank noch bei Kalserswerth ein 27jähriger junger Mann.

## 22 Opfer des Wirbelsturmes

Houston (Texas), 15. August.

Die Zahl der dem Wirbelsturm zum Opfer gefallenen Menschenleben hat sich auf insgesamt 22 erhöht. Der Sachschaden ist, wie sich jetzt herausstellt, nicht so beträchtlich, wie zunächst angenommen wurde. Das trifft namentlich auf Galvestone zu, wo der sechs Meter hohe Betonwall, der nach dem Tornado, dem im Jahre 1900 sechstausend Menschenleben zum Opfer fielen, errichtet wurde, viel Schaden verhinderte.

## Ein Dorf unter Wasser

Düren, 15. August.

Die Unwetterschäden im Kreise Düren durch die Wetterkatastrophe am Sonnabend sind bedeutend umfangreicher, als es im ersten Augenblick den Anschein hatte. Im Dorfe Wollersheim waren so große Wassermengen niedergegangen, daß das Dorf in wenigen Minuten vollständig unter Wasser stand. Auf den Straßen der Ortschaft stand das Wasser einen Meter hoch.

## Kurzwellen auf 270 km

Rom, 13. August.

Nach einer Mitteilung Marconis von Bord seiner Yacht ist es ihm gelungen, mit einer Ultrakurzwellen von nur 57 cm die bemerkenswerte große Entfernung von 270 km zu überbrücken. Es glückte nicht nur die Uebermittlung funktelegraphischer, sondern auch radiotelephonischer Mitteilungen. Damit ist, wie Marconi feststellt, der Beweis erbracht, daß man sich mittels Kurzwellen auf größere Distanzen verständigen kann, als dies infolge der Erdwölbung theoretisch möglich sein sollte.

## Blitzschlag zündet die Röhrenwerke in Mülheim

Mülheim (Ruhr), 15. August.

Während des gestern über Mülheim niedergegangenen Gewitters setzte plötzlich ein Blitz das Dach des Thyssen'schen Röhrenwerkes in Brand. Das Feuer fand in dem aus Holz mit Teerpappe gedeckten Dach reiche Nahrung, und in kurzer Zeit schlugen die Flammen hoch empor. Der Werkfeuerwehr und der städtischen Feuerwehr gelang es, nach angestrengter Tätigkeit den Brand auf seinen Herd zu beschränken. Das Dach in einer Länge von etwa 70 Meter ist dem Brande zum Opfer gefallen. Der Schaden ist nach Auskunft der Werke nicht beträchtlich.

## Die Rundfunk-„Reform“

Zu den von uns bereits gemeldeten Maßnahmen des Reichsrundfunkkommissars schreibt die Hugenborg-Pressa:

Mit diesen personellen Veränderungen hat der neue Reichsrundfunkkommissar seine Reformarbeit begonnen, die, wie er selbst angekündigt, in sehr weitreichendem Rahmen sich bewegen soll. Man darf also damit rechnen, daß auch in allen übrigen Funkhäusern in den nächsten Tagen durchgreifende Maßnahmen personeller und sachlicher Art getroffen werden. Was den Rücktritt Dr. Fiesch anlangt, so war eine Umbesetzung dieses Postens schon lange notwendig. Es ist seit langem bekannt, daß Dr. Fiesch nicht zu den Männern gehört, die für die Reformpläne um den deutschen Rundfunk irgendwelches Interesse zeigten, sondern alles beim alten lassen wollten. Da aber der Reichsrundfunkkommissar gerade eine Reform des kulturpolitischen Teiles der Berliner Funkstunde für absolut notwendig hält, erschien ihm ein weiteres Zusammenarbeiten mit dem Berliner Intendanten als unerspäßlich.

Der Arbeiter-Rundfunkhörer wird sich erstaunt fragen, was beim Rundfunk nach an Freiheit und Fortschritt auszurollen ist. Seit Monaten hört er neben selbster Unterhaltungsmusik und Tanzmusik doch nur Papen-, Gayl- und Nazireden und — Militärmärsche. Das geht aber Herrn Scholz noch nicht weit genug. Der Rundfunk soll ein reines Nazipropagandamittel werden.

## Der Kaiser ging, die Generäle blieben

18) Ein deutscher Roman

Von THEODOR PLIVIER

Copyright 1932 by MALIK-VERLAG A.-G., Berlin W 50  
Alle Rechte, besonders die der Übersetzung, des Nachdrucks, der Verfilmung und Radioverbreitung, vorbehalten.

Lange muß auf die Straßenbahn warten. Mit einiger Verspätung kommt sie an. Die dickvermummte Gestalt am Führerstand ist eine Frau, auch der Schaffnerdienst wird von einer Frau besorgt. Der Wagen ist nur schwach besetzt und rumpelt entsetzlich. Die Fensterscheiben klirren, eine fehlt ganz. Alle Messingteile sind abgeschraubt, die Lederriemen abgeschnitten, auch die Beleuchtung ist miserabel. Lange hat unter der einzigen Birne Platz gefunden; er holt seine Zeitung vor, faltet sie auseinander und liest so gut es geht:

„Wilson für den Waffenstillstand — Sozialistische Abgeordnete bei Clemenceau — Zivilgewalt über Militärgewalt — Ausdehnung der Amnestie — Die Schicksalsstunde unseres Vaterlandes ist auch die Stunde äußerster Pflichterfüllung, zeichnet die „Neunte“ — Kartoffelbuddler gegen Mitnahme eines zwölften Zentners gesucht.“ Und da, das ist mal eine Nachricht: „Die Auflage des „Vorwärts“ verdoppelt!“ „Die Grippe im Steigen, 1780 Neuerkrankungen gegen 1737 vom Vortage.“ „Gassperre — kein Ausweg aus der Kohlennot.“ Aber Noske hat dem Kriegsminister Bescheid gesagt! Der wird es sich zweimal überlegen, ehe er wieder eine Versammlung auflösen läßt — Lange hat nicht weit zu fahren.

Ecke Voltastraße steigt er aus. Die hier liegende Abteilung der AEG. nimmt fast die ganze Straßenseite ein. Schiffsmaschinen, Kompressoren, Turbinen, Generatoren werden hier gebaut. Ueber 6000 Arbeiter sind in dem weiten Bau beschäftigt. Jetzt ruht die Arbeit in den meisten Abtei-

Hand, schlägt härter, schlägt weicher, geht mit dem Gewicht seiner 250 Zentner spielend weich und glättend auf die Masse nieder, die erkaltend die erste rohe Form annimmt und nach wiederholten Arbeitsgängen in anderen Abteilungen des Werkes fertiggestellt und die Pleuelstange für eine Schiffsmaschine sein wird.

Wieder wird ein Block aus dem Ofen gezogen. Wieder stampfen die Hammerschläge. Die Masse zischt und streckt sich, Funkenregen prasselt nieder. Hitzewellen hüllen die Männer ein. Mit knappen Bewegungen gibt Lange den Helfern Anweisungen. Seine Stirn dampft, die Gläser der Schutzbrille beschlagen. In Bahnen rinnt ihm der Schweiß vom Hals und rieselt an den grauen Brusthaaren hinunter. Am anderen Ende der Schmiede steht die Gruppe II im roten Feuerkreis. Die schweren Hammer stampfen, dazwischen trommelt der Federhammer in betäubend schnellem Rhythmus, klingen die hellen Schläge der Handschmiede auf den Ambossen...

So vergeht eine Stunde und noch eine zweite.

Sieben Blöcke hat die Gruppe I roh bearbeitet.

Auf den nächsten Block, der noch nicht fertig ist, müssen sie warten. Lange und seine Helfer haben ihre Stullen ausgepackt. Brantschke kaut mit vollen Backen und liest dabei eine Zeitung. Nach einer Weile tritt er mit dem aufgeschlagenen Blatt an Lange heran:

„Hier, muß mal lesen, — die Kohlrüben sind jetzt auch Kontrollgemüse geworden!“

Es ist eine Notiz im „Vorwärts“.

Lange sieht hinein:

„Ja, die werden auch rationiert!“

„Nächstens kriegen wir noch Ratten zu fressen!“ sagt der zweite Helfer.

„Ach, wo, bloß Rattensatz!“

„Eben deshalb, alles ist knapp. Da muß eingeteilt werden!“

„Mensch, Lange, wann wirst du mal schau werden? Ich will dir sagen, was passiert: Jetzt richten sie eine neue Verteilungsstelle ein, und dann verfaulen die Kohlrüben, wie jetzt die Kartoffeln verfaulen, und nachher kriegen wir sie erst!“

„Ohne Ordnung geht's überhaupt nicht weiter!“

„Das ist alles bloß Politik — irgendein SPD-Ratze braucht einen Posten, und der wird Oberkohlrübenvertreter zur Belohnung für treue Dienste am Vaterland!“

Lange würgt tapfer seine Marmeladenstulle hinunter:

„Irgendeiner muß es machen! Wir müssen positiv mitarbeiten, — mit eurem Radausozialismus erreichen wir überhaupt nichts!“

„Positive Arbeit, Kriegsanleihe bewilligen und so...“

„Ja, das auch, Kriegsanleihe auch!“ erwidert Lange.

Dann dreht er sich um, macht ein paar Schritte auf den Ofen zu und ruft zurück:

„Los, is schon so weit!“

Bis die anderen heran sind, hat er das Kontergewicht schon gezogen. Der Ofenschlund ist offen und wirft sein violettes Licht durch den halbdunkel gehaltenen Raum der Schmiede. Brantschke bringt den Karren, die beiden anderen halten die Zangen. Ein neuer Block wird gepackt, aus dem Ofen herausgezogen und unter den Hammer transportiert.

Und der Hammer saust wieder herunter.

Schlag auf Schlag, — das Eisen zischt und sprüht. Es verliert seine fließende weiße Farbe, wird rot, wird immer dunkler; und der Hammer stampft immer schwerer. Und in jeden Schlag der niedersausenden 250 Zentner legt Lange seine Wut mit hinein: Diese Radausozialisten — Krakehl machen — aber selbst, einen Dreck tun sie — wer hat die Amnestie durchgesetzt — und des gleichen Wahrecht — und die Versammlungsfreiheit — wer vertritt die Interessen der Arbeiter?

Der schwere Hammer stampft:

Die SPD — — die SPD — — die SPD...

Am anderen Ende der Stadt, von Streifen freien Geländes und von den Gleisen des größten Berliner Abstellbahnhofes umgeben, glimmen hinter den Silhouetten hochaufgeschütteter Kohlenhaufen die gelben Fenster des Kraftwerkes Rummelsburg.

Das Werk beliefert den Berliner Osten mit Licht und Kraft.

(Fortsetzung folgt.)



# Wie stärkt man die Gewerkschaften?

Nur durch entschlossenen Kampf

I.R. Am Tage nach dem Staatsstreich in Preußen hielt der Bundesausschuß des ADGB eine Sitzung ab und verurteilte die ADGB-Mitglieder und die gesamte deutsche Arbeiterschaft folgendermaßen: „Die entscheidende Antwort wird das deutsche Volk, insbesondere die deutsche Arbeiterschaft, am 31. Juli geben... Wir lassen uns die Stunde des Handelns von Gegnern der Gewerkschaften nicht vorschreiben.“

Im „Vorwärts“ vom 27. Juli wurde die Hitler-Bewegung noch als „Spuk“ bezeichnet, und es hieß: „Es ist wähllich nur die Eisenerne Front, die den Notwendigkeiten unserer Lage entspricht... Unsere einzige Aufgabe ist es, am 31. Juli Papens reaktionäre Regierung ein Weiterregieren wie bisher unmöglich zu machen und Hitler hinter die Stellung vom 24. April zurückzuwerfen. Das aber können wir; denn wir sind so stark, wie wir uns fühlen, weil die Zeit mit uns ist!“

Nun ist die Hitler-Bewegung den Wählerstimmen nach zwar insgesamt nicht hinter den Stund von April zurückgeworfen, wohl aber in entscheidenden Industriezentren zum Stillstand gebracht und teilweise auch direkt zurückgeschlagen worden, und SPD, KPD und SAP haben zusammen immerhin über 13 Millionen Stimmen erhalten. Trotz dieser Stagnation der Hitler-Bewegung stehen wir in Deutschland unmittelbar vor Einbeziehung der Nationalsozialisten in eine auch ohne sie aufschärfte gegen die Arbeiterklasse gerichtete Regierung, vielleicht sogar vor einer ausschließlichen Nazi-Diktatur. Gewerkschaftsmitglieder und Gewerkschaftshäuser sind bedroht und haben zum Teil den Hitler-„Spuk“ schon ganz unmittelbar zu spüren bekommen. Die Eisenerne Front aber hat sich als wenig eisern erwiesen, zur Zeit wissen ihre ideologischen und organisatorischen Leiter noch nicht einmal, mit welchen neuen Perspektiven sie sie eigentlich wieder zusammenfassen sollen. Auch die Arbeiter, die im reformistischen Lager stehen, fühlen sehr deutlich, daß der Entscheidungstag nicht der 31. sondern der 20. Juli war. Und jeder Arbeiter, ob er nun im Betrieb bei ständig reduziertem Lohn oder ob er angesichts der immer schmäleren Arbeitslosenunterstützung immer schlimmer verelendet, sagt sich doch wohl, daß es für ihn eine ganz unmögliche Position ist, so lange zu warten und zu dulden, bis irgendwann einmal die Mehrheit des deutschen Volkes (d. h. also einschließlich Unternehmern, Großgrundbesitzern usw.) sich durch Stimmzettel für die Klassenfront des Proletariats und für den Sozialismus ausgesprochen haben wird! Er wertet darauf, daß gesagt wird, was jetzt unmittelbar gegen den faschistischen Terror und gegen weitere Untergrabung seiner Existenz getan werden soll.

Nun hat der ADGB nach der Wahl vom 31. Juli bereits mehrere Nummern der „Gewerkschaftszeitung“ herausgegeben und im „Vorwärts“ hat ein so prominenter Gewerkschaftsführer wie Aufhäuser das Wort ergriffen. Was haben sie zu sagen? Aufhäuser greift auf das Zukunftsprogramm des ADGB „Umbau der Wirtschaft“ zurück und macht — obwohl das Parlament zur Zeit keine Rolle mehr spielt — seine Durchsetzung abhängig eben von seiner parlamentarischen Annahme. Dabei redet Aufhäuser von 26 Millionen antikapitalistischer Stimmen, denn auch die Naziwähler, wenn auch nicht die Nazi-führer, wären antikapitalistisch (III). Selbst die „Vorwärts“-Redaktion sieht sich in einer Schlussbemerkung zu folgender Abgrenzung von dem „linken“ Aufhäuser bemüht: „Die Frage freilich, ob es in diesem Reichstag zu irgendwie ernststen Verhandlungen kommen wird, haben wir schon wiederholt in anderem Zusammenhang erörtert.“ Die ADGB-Leitung aber hat sich zurückgezogen auf die Parole: „Stärke die Gewerkschaften!“ — eine Parole, die an sich gewiß und zu jeder Zeit richtig ist. Aber ob die Gewerkschaften gestärkt werden sollen für den Abwehrkampf heute oder ob für den Tag, wo die Mehrheit des deutschen Volkes sich für den Sozialismus ausgesprochen hat, das wollen diejenigen, die den Gewerkschaften neu beitreten, und diejenigen, die für die Gewerkschaften werben sollen, schließlich doch auch wissen!

Während des Wahlkampfes wurde einmal von seiten der Eisernen Front ganz richtig gesagt, es würde lange, zu lange dauern, bis die einheitliche Kampffront der Arbeiterklasse auf dem Wege hergestellt wäre, daß Eisenerne Front und Antifaschistische Aktion oder mit anderen Worten die Arbeiter im reformistischen und die im kommunistischen Lager sich in einer Organisation zusammenfinden. Die heutige Situation und der gemeinsame Gegner der Arbeiter in beiden Lagern erheischt schnellstes Zusammengehen von der Basis aus und in solchen Fragen, in denen die Arbeiter beider Lager die unmittelbare Kampffront notwendig bejahen. Das sind die Fragen des Lohn- und Sozialleistungsabbaus und die unmittelbare Abwehr des faschistischen Terrors. Das Wirtschaftsprogramm des ADGB, das Mitte Juni beraten und im „Vorwärts“ veröffentlicht wurde und das Aufhäuser jetzt wieder in den Mittelpunkt stellen möchte, ist höchstens dazu angetan, in den Gewerkschaften und überhaupt in der Arbeiterklasse darüber Klarheit zu schaffen — und dafür hat gerade der 20. Juli und die Zeit seitdem neue, sehr deutliche Beweise geliefert — daß der Staat immer die Interessen der ökonomisch herrschenden Klasse wahrnimmt und niemals der „Allgemeinheit“ oder der wirtschaftlich abhängigen Klasse. Wohl aber können die Gewerkschaften in der Tat gestärkt werden, wenn eine Werbekampagne verbunden wird mit der Mobilisierung und Organisierung wirklich zum Abwehrkampf in den genannten Fragen.

In organisatorischer Beziehung ist dazu weiterhin notwendig, daß alle Verbände dem Beispiel des Bergarbeiters und des Bauarbeiters folgen und die verhängnisvollen Barrieren gegen die Aufnahme von Erwerbslosen fallen lassen, und wenn sie den revolutionären Arbeitern, die sich von den KPD-Parolen der Gewerkschaftsspaltung und Gründung selbständiger „roter“ Verbände verwirren ließen, den Weg eben zurück zu den ADGB-Gewerkschaften. Das kann z. B. geschehen, indem man sich gerade auch an diese Arbeiter wendet und wieder der Wiederaufnahme Einzelner noch einen geschlossenen Überführung der Mitglieder dieser Organisations Schwierigkeiten bereitet. Denn es handelt sich nicht um eine Prestigefrage, sondern wirklich um die Lebensinteressen der deutschen Arbeiterklasse, um die Wiederherstellung einer einheitlichen sozialistischen Gewerkschaftsbewegung, um die Herstellung einer kampfes-

fähigen Einheitsfront aller Klassenbewußten Arbeiter gegen die ihnen unmittelbar drohenden Gefahren.

Die Gewerkschaften sind ihrer ganzen Entstehung und Aufgabestellung nach die berufenen Klassenorganisationen, auch wenn die Arbeitermassen politisch in verschiedene Lager gespalten sind. Sie können und dürfen ganz gewiß nicht unpolitisch sein, zumal in einer solchen Zeit wie der heutigen, wo jeder kleinste wirtschaftliche Kampf mit politischen Fragen in unmittelbarem Zusammenhang steht, aber sie müssen wieder, wie es schon einmal 1919 auf dem Gewerkschaftskongress in Nürnberg beschlossen wurde, überparteilich und zum Brennpunkt der Klassenbestrebungen des deutschen Proletariats werden. Nur dann haben sie die Werbekraft, die sie haben müssen. Hier heißt es für alle Gewerkschaftsmitglieder, aktiv vorzutreten in allen Verbänden, hier heißt es positive Arbeit zu leisten!

## Japanischer Diktator in der Mandschurei

Genf, 15. August.

WTB. In einer an das Völkerbundssekretariat gerichteten und durch dieses dem Völkerbundsrat übermittelten Note teilt die japanische Regierung mit, daß sie zum Zwecke der Zusammenfassung der verschiedenen japanischen Einrichtungen in der Mandschurei den Konsulardienst, die Verwaltung von Kwantung sowie die Truppen unter die Oberleitung einer einzigen Persönlichkeit legt, wobei jedoch die Zuständigkeit der einzelnen Dienstzweige unberührt bleiben sollen. In diesem Sinne sei der japanische General Muto am 8. August 1932 zum Oberkommandanten der Armee in Kwantung und gleichzeitig zum außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter mit Sondermission in der Mandschurei sowie zum Generalgouverneur in Kwantung ernannt worden. General Muto

wurde nach der Mandschurei entsandt, um alles Notwendige vorzubereiten und die Oberaufsicht über die japanischen Generalkonsuln in der Mandschurei unter Berücksichtigung der neuen tatsächlichen Lage der Dinge auszuüben. Er führe kein Beglaubigungsschreiben mit sich.

Das heißt nichts anderes, als daß Japan seine faktische Besitzergreifung der Mandschurei jetzt ganz offiziell nach außen bekannt gibt. Der neuernannte japanische Generalgouverneur wird der im Auftrage Japans unumschränkt herrschende Diktator der anektierten Mandschurei sein. Der von Japan eingesetzte ehemalige Kaiser von China als „Regent“ wird dadurch noch mehr zur einfachen Strohpuppe.

Das Vorgehen Japans ist nicht nur eine Brückung des Völkerbundes und des englisch-amerikanischen Imperialismus, sondern vor allem ein neuer Vorstoß gegen die Sowjetunion.

## Der belgische Massenstreik im Lichte eines links-bürgerlichen Berichterstatters

Der „Dortmunder Generalanzeiger“ bringt eine äußerst interessante Schilderung seines in das belgische Streikgebiet entsandten Berichterstatters, die wir auszugeweiht wiedergeben:

„Obschon sich der Großteil der deutschen Presse über den Streik im belgischen Borinage gründlich ausgesprochen hat, sind die Vorgänge, die sich dort abgespielt haben und heute noch abspielen, nicht minder drastisch. Man hat tatsächlich in Belgien etwas erlebt, das viele in Deutschland vergebens herbeigesehnt haben, nämlich:

**über die Köpfe der widerstrebenden Führer hinweg, die gewaltige Einheitsfront der gesamten Arbeiterklasse, von den Kommunisten bis zu den Katholiken, die Front eines Proletariats,**

das ganz gewiß nicht von Moskau aus geleitet wurde, das aber genug hat von den immer trauriger werdenden Lebensbedingungen, die ihm auferlegt werden.

Selbstverständlich haben die Regierung, die Presse und die Großindustrie die Schuld an dieser kolossalen Auflehnung der Bergarbeiter Moskau in die Schuhe geschoben. Selbstverständlich haben die verantwortlichen Behörden den Kopf verloren, haben sie die

gesamte Leitung der belgischen Kommunistischen Partei, die sehr schwach ist, ins Gefängnis gesteckt, ihre wöchentlich erscheinende Zeitung verboten — aber trotz dem Verschwinden der vermeintlichen Rädelführer, trotz der beruhigenden Worte des Generalrats der belgischen Arbeiterpartei, trotz der Zugeständnisse der zitternden Regierung und der angsterfüllten Schwerindustrie, dauert der Streik fort. Seit Wochen dauert er schon an, niemand weiß, wie und wann er enden wird, die Autorität der Gewerkschaften ist erheblich gesunken, es handelt sich nicht um einen Kampf um festbestimmte Ziele:

**wir sehen hier den Protest einer Klasse, die ganz einfach genug hat und nicht mehr für Hungerlöhne unter Einsatz ihres Lebens arbeiten will.**

Wie bereits gesagt, die Regierung hat oder hatte den Kopf verloren, sie schickte die Hälfte der belgischen Gendarmerie in die Borinage, nebst einer ganzen Anzahl Truppen, Tanks, Auto-Maschinengewehren, und alle diese Beschützer der Ordnung weilen auch noch immer in den Streikgebieten. Unter der Drohung der Revolution hat der Premierminister Renkin Zugeständnisse machen und auf die beabsichtigte Verminderung der Arbeitslosenunterstützung verzichten müssen.“

## Vor weiteren Arbeiterentlassungen in Ostoberschlesien

Siemianowitz, 15. August.

CNB. Beim Demobilisierungskommissar sind erneut Entlassungsanträge der Kattowitzer AG für die ihr gehörenden Gruben Ficus-Schächte und Richier-Schächte eingegangen, die die Entlassung von 180 bzw. 300 Arbeitern fordern. Zur Entlassung sollen vor allem Arbeiter kommen, die nicht aus Oberschlesien stammen oder einen kleinen ländlichen Grundbesitz haben. Die Gewerkschaften haben gegen diese Kündigungen sofort Protest eingelegt.

## Zur Verteuerung der Butter

Haag, 15. August.

CNB. Ueber den Verlauf der gestern im holländischen Außenministerium geführten deutsch-holländischen Besprechungen bezüglich einer Neuregelung der deutschen Butterkontingentierung ist heute die angekündigte amtliche Verlautbarung herausgegeben worden. Durch sie wird die bereits gemeldete Tatsache bestätigt, daß noch kein endgültiges Ergebnis zustande gekommen ist und daß die Verhandlungen demnächst fortgesetzt werden sollen.

## Steuererhöhungen im Saargebiet

Saarbrücken, 15. August.

WTB. Die Regierungskommission hat trotz des einmütigen Protestes der Saargebetsbevölkerung und ihrer gewählten Vertreter im Landesrat neue Steuererhöhungen verordnet. 60 Millionen fehlen der Kommission zur Ausgleichung ihres Haushaltes. Die Erhöhungen bedeuten eine Mehrbelastung von rund 54 Millionen Franken.

## Bautätigkeit in Moskau

Moskau, 15. August.

Der Vorsitzende des Moskauer Sowjets, Bulgandin, erstattete einen Bericht über die Bautätigkeit in Moskau im ersten Halbjahr des laufenden Jahres. Danach sind 69 Häuser neugebaut und mehr als 7000 Häuser repariert worden. Es wurden 320 000 qm Straßenfläche neu asphaltiert und 11 km Straßenbahnlinie gebaut. Der Untergrundbahnbau steht offenbar noch in den Anfängen. Fertiggestellt sind bisher nur 16 Schächte und ein Versuchstunnel in einer Länge von 164 m. Der Bericht erwähnt schließlich Bauten am Moskau-Fluß und am Wolga-Moskau-Kanal.

Die Pläne für das zweite Halbjahr sehen insbesondere Wiederherstellungen von einzelnen Straßenzügen, vor allem der Hauptverkehrsstraßen vor. Auch der Bau einiger Brücken ist in Aussicht genommen.

## Der deutsche Krisenablauf in Zahlen

| Produktion wichtiger Industriezweige (1928 = 100) | 1932    |         |         |
|---|---------|---------|---------|
|   | Juni 31 | Jan. 32 | Juni 32 |
| Gesamte Industrie                                 | 74,4    | 52,9    | 55,7    |
| Produktionsgüter                                  | 69,4    | 40,8    | 46,9    |
| Verbrauchsgüter                                   | 83,0    | 74,0    | 70,9    |
| Großindustrie                                     | 63,0    | 34,6    | 40,5    |
| Städt. Bautätigkeit                               | 74,3    | 49,5    | 37,0*   |
| Maschinen   | 68,4    | 33,5    | 37,7*   |
| Textilien   | 86,9    | 87,8    | 76,7    |
| Papier  | 92,5    | 76,2    | 81,4    |

  

| Arbeitslosigkeit                     | 1932    |         |         |
|--------------------------------------|---------|---------|---------|
|                                      | Juni 31 | Jan. 32 | Juni 32 |
| Gesamtzahl in 1000                   | 3954    | 6042    | 5569    |
| Davon Wohlfahrts-erwerbslose in 1000 | 1017    | 1713    | 3991    |

  

| Ausnutzung der Produktionskapazität in Prozent der Arbeiterstundenkapazität | 1932    |         |         |
|---|---------|---------|---------|
|   | Juni 31 | Jan. 32 | Juni 32 |
| Großindustrie   | 49,3    | 32,0    | 39,1    |
| Maschinenbau  | 41,8    | 27,4    | 27,0    |
| Produktionsgüter-Industrie  | 44,2    | 27,6    | 31,2    |
| Verbrauchsgüter-Industrie   | 53,8    | 41,6    | 42,1    |

\* Mai 1932.

## Schlachtsteuer und Gehaltsverschlechterung

Notverordnung in Hamburg

Hamburg, 15. August.

CNB. Durch Notverordnung soll heute für Hamburg die Schlachtsteuer eingeführt werden. Gleichzeitig soll heute im Wege der Notverordnung angeordnet werden, daß die Gehaltszahlungen an die Beamten, die jetzt dekadenweise im voraus erfolgten, im Laufe der nächsten Monate in Zwischenräumen von 11 Tagen ausgezahlt werden, bis die nachträgliche Zahlung der Teilbeträge für je ein Monatsdrittel erreicht ist. Auf diese Weise wird vom Dezember ab die Postnumerandozahlung der Gehälter am 10., 20. und am letzten Werktag des Monats erreicht sein. Ausgenommen von dieser Regelung sind die Monatsbezüge, die 100 RM nicht übersteigen.

Also § 48, Notverordnungsdictatur auch im demokratisch-sozialdemokratischen Hamburg.

## Gehaltsabzug in Lippe

Detmold, 15. August.

WTB. Die Lippeische Landesregierung hat angesichts des Rückganges der Reichssteuereinnahmen beschlossen, eine Gehaltskürzung vom 1. September d. J. ab für das Rechnungsjahr 1932 durchzuführen. Die Kürzung erfolgt in der Weise, wie sie Preußen bereits seit dem 1. Juli d. J. durchgeführt hat, jedoch mit der Milderung, daß eine Freigrenze von 1000 RM gesetzt wird.

## Annäherung zwischen der englischen und kanadischen Delegation

Ottawa, 15. August.

Die Delegationen Großbritanniens und Kanadas haben heute in langen Besprechungen versucht, die noch zwischen ihnen bestehenden Meinungsverschiedenheiten beizulegen. Als Ergebnis dieser Unterredungen ist eine bemerkenswerte Annäherung zwischen den Delegationen zu verzeichnen. Voraussichtlich werden die Hauptarbeiten der Reichskonferenz am Mittwoch beendet sein, doch rechnet man damit, daß noch einige Detailfragen zu erörtern bleiben.

## Russisch-japanisches Fischereiabkommen

Moskau, 14. August.

Die im Verlauf der letzten 1 1/2 Jahre zwischen dem Stellvertreter des Volkskommissars für auswärtige Angelegenheiten der Sowjetunion, Karachan, und dem japanischen Botschafter, Koki Hirota, geführten Verhandlungen über Fischereifragen sind gestern zu einem Abschluß gelangt. Karachan und Hirota unterzeichneten ein Sonderabkommen zur Regelung der Hauptstreitfragen, die mit der Durchführung des im Jahre 1928 zwischen der Sowjetunion und Japan abgeschlossenen Fischereivertrages zusammenhängen.

## Kurze Nachrichten

Washington. Präsident Hoover hat auf den 26. August eine Konferenz von Wirtschaftsführern einberufen, die Maßnahmen zur Krisenbekämpfung beraten sollen.

Karlsruhe. Der badische Innenminister Emil Maier ist gestern in Freudenstadt gestorben.

Genf. Der Unterausschuß des Völkerbunds-Finanzsausschusses hat beschlossen, nach Rumänien zu reisen, dessen Regierung sich zu Reorganisation seiner Finanzen an den Völkerbund gewandt hat.

Washington. Aus dem Staatsdepartement verlautet, daß der amerikanische Botschafter in Brüssel, Gibson, sich möglicherweise nach London begeben werde, um dort Verhandlungen über die Herabsetzung der verschiedenen Schiffskategorien zu führen.

London. Japan soll, „Times“ zufolge, beabsichtigen, den mandschurischen Staat anzuerkennen, bevor die nächste Völkerbundsversammlung zusammentritt.